

## **OA-Update Sanktionen - 2022/42 – Entwicklungen vom 01. Juli**

(Stand: 01.07., 14:30 Uhr)

### **Inhalt:**

- **1. Aktuelle Informationen /Deutschland**
- **2. Termine**
- **3. EU-Sanktionen gegen Russland**
- **4. Russland-Gegensanktionen**
- **5. Sanktionen der USA**
- **6. Sanktionen weiterer Länder**
- **7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)**
- **8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft –  
Beteiligungsmöglichkeiten**
- **9. Hilfsaktionen**

# 1. Aktuelle Informationen / Deutschland

## OA-Task-Force

Informationen zu unserer **OA-Task Force** und alle bisherigen Sanktions-Updates finden Sie auf unseren Internet-Seiten. [Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Wir haben für Sie auch Sammlungen aller bisherigen Sanktionsentwicklungen in der EU, Russland und den USA angelegt. Diese sind hier zu finden:

[OA-Update Sanktionen | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Zur Task Force gehören die Geschäftsführung und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regionaldirektionen für Russland und Osteuropa, sowie des Bereichs Presse und Public Affairs. Die Kontaktdaten finden Sie auf unserer Homepage unter [Kontakt](#).

---

## Euractiv:

### Neue Prager Taskforce soll Mitteleuropas Gasmarkt koordinieren

An der Taskforce sind neun EU-Staaten - Österreich, Kroatien, Tschechien, Deutschland, Ungarn, Italien, Polen, Slowenien und die Slowakei - sowie die Ukraine und Moldawien beteiligt. Den Ko-Vorsitz führt Tschechien, das im Juli 2022 auch die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen wird.

Die neue regionale Taskforce für Mittelosteuropa mit Sitz in Prag, die im Rahmen der freiwilligen EU-Energieplattform eingerichtet wurde, um die Energieversorgung zu sichern und die Abhängigkeit von Russland zu beenden, wird Engpässe bei der Gasversorgung in der Region ermitteln und dringende Lösungen vorschlagen.

An der Taskforce sind neun EU-Staaten – Österreich, Kroatien, Tschechien, Deutschland, Ungarn, Italien, Polen, Slowenien und die Slowakei – sowie die Ukraine und Moldawien beteiligt. Den Ko-Vorsitz führt Tschechien, das im Juli 2022 auch die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen wird.

„Seit Beginn der russischen Aggression setzen wir uns für gemeinsame Gaseinkäufe und eine faire Umverteilung des Gases unter den EU-Ländern ein, um uns aus der Abhängigkeit von Russland zu befreien“, sagte der tschechische Industrie- und Handelsminister Jozef Síkela am Dienstag (28. Juni) auf der Eröffnungssitzung der Task Force.

„Dies wird es uns ermöglichen, eine bessere Verhandlungsposition bei der Beschaffung von Energieressourcen aus Drittländern zu erlangen“, fügte er hinzu.

Hauptziel der Task Force ist es, in den kommenden Wochen gemeinsam einen Aktionsplan zu erstellen, um Engpässe bei der Gasversorgung zu ermitteln und Lösungen vorzuschlagen.

Der Aktionsplan wird dann an eine speziell eingerichtete Arbeitsgruppe der Europäischen Kommission weitergeleitet, die für seine Umsetzung sorgen wird.

Die EU-Energieplattform soll eine Schlüsselrolle bei der Bündelung der Gasnachfrage, der Koordinierung der Nutzung der Energieinfrastruktur, den Verhandlungen mit den internationalen Partnern und der Vorbereitung des gemeinsamen Einkaufs von Gas und Wasserstoff spielen. Sie wird aus mehreren regionalen Zentren bestehen.

Die regionale Taskforce für Südosteuropa wurde im Mai 2022 eingerichtet, gefolgt von der regionalen Taskforce für Mitteleuropa. Weitere Gruppen werden folgen, darunter Nord-West, Süd-West und die baltischen Staaten.

[https://www.euractiv.de/section/energie/news/neue-prager-taskforce-soll-mittleuropas-gasmarkt-koordinieren/?utm\\_source=piano&utm\\_medium=email&utm\\_campaign=12114&pnespid=s7Z3EyhYNa1C3.ucomnID8LWthSiUoB0luWhmOw1qR9mWx8G8nhmCFAwNWEcDVh8N\\_ol498CIQ](https://www.euractiv.de/section/energie/news/neue-prager-taskforce-soll-mittleuropas-gasmarkt-koordinieren/?utm_source=piano&utm_medium=email&utm_campaign=12114&pnespid=s7Z3EyhYNa1C3.ucomnID8LWthSiUoB0luWhmOw1qR9mWx8G8nhmCFAwNWEcDVh8N_ol498CIQ)

### **Gasdrosselung über Nord Stream 1 - Siemens weist russische Behauptungen zurück**

Der Energiekonzern Siemens Energy wehrt sich gegen Behauptungen aus Russland, die Gaslieferungen nach Deutschland müssten gedrosselt werden, weil das Unternehmen Turbinen nicht rechtzeitig wartet. „Es ist sehr bequem, ein Unternehmen mit reinzuziehen, das in Russland bekannt ist“, sagte Joe Kaeser, Vorsitzender des Aufsichtsrats von Siemens Energy, der „Süddeutschen Zeitung“. „Selbst wenn es so wäre, würde das niemals rechtfertigen, den Gasfluss so stark zu drosseln.“ Und weiter: „Da muss es einfach eine politische Motivation geben, das geht gar nicht anders.“

Bundeskanzler Olaf Scholz hatte die russische Begründung bereits als vorgeschoben kritisiert. Russlands staatlicher Energieriese Gazprom hatte Mitte des Monats die Gaslieferungen durch die Ostseepipeline Nord Stream 1 weiter heruntergefahren. Der Gaslieferant begründete den Schritt mit Verzögerungen bei Reparaturarbeiten. Am 11. Juli beginnt zudem eine zehntägige Routinewartung der Pipeline. Wirtschaftsminister Robert Habeck von den Grünen und Energieversorger sind besorgt, dass Gazprom Nord Stream 1 danach nicht wieder anstellen könnte.

Kaeser lobte in der Zeitung Scholz' Krisenmanagement: „Herr Scholz mag nicht der größte Storyteller sein, wie man heutzutage so schön sagt. Aber der Kanzler ist sachlich, besonnen und versucht zu deeskalieren, das ist heutzutage auch schon eine Gabe.“ Man stecke gerade mitten in einer Kriegskommunikation. Da sei er sich gar nicht so sicher, ob "man wirklich immer alles ankündigen soll, was man vorhat. Vielleicht ist man dabei besser beraten, die Dinge erst mal zu machen und dann darüber zu reden", sagte Kaeser, der von 2013 bis 2021 Siemens-Chef war.

["Bequem, uns mit reinzuziehen": Siemens Energy weist Gazprom-Vorwürfe zurück - n-tv.de](#)

---

## **Gasdrosselung: Kanada bietet LNG statt Turbine**

Dass Gazprom die Gaslieferungen über die Ostseepipeline Nord Stream 1 nach Europa um 60 Prozent drosselte, hat politische Gründe. Doch es geht auch um die Wartung einer notwendigen Gasturbine des deutschen Herstellers Siemens Energy, die Siemens in Kanada überholte und die jetzt wegen der kanadischen Sanktionen gegen Gazprom nach Russland nicht ausgeliefert werden kann.

Die Bundesregierung versucht nach eigenen Angaben eine Lösung zu finden, doch so einfach scheint es nicht zu sein, denn schließlich will Kanada die Sanktionen gegen Russlands Öl- und Gasindustrie einhalten, schreibt die Berliner Zeitung. Aber man wolle auch nicht den Ottawa-Verbündeten Deutschland bestrafen, sagte ein kanadischer Minister letzte Woche.

Nun zeigt der kanadische Ministerpräsident Justin Trudeau kühl und clever, wie nationale Interessen auf der internationalen Ebene ausgespielt werden. Wie der Nachrichtendienst Bloomberg schreibt, hätten Ministerpräsident Justin Trudeau und Bundeskanzler Olaf Scholz am Rande des G7-Gipfels in Elmau unter anderem den Ausbau der deutsch-kanadischen Beziehungen im Gasbereich besprochen, nämlich: ob man ein LNG-Terminal an der kanadischen Ostküste für den Export nach Europa und Deutschland bald bauen werde.

Kanada erwäge einen Ausbau der Energieinfrastruktur, sagte Trudeau am Dienstagmittag in Elmau, um Europa „mittelfristig“ beim Verzicht auf russisches Gas mit dem eigenen Flüssiggas, bekannt als LNG, zu helfen. Der Vorstandschef der größten Gasförderfirma in der kanadischen Gas-Provinz Quebec, Utica, hatte bereits im April in Aussicht gestellt, wenigstens 20 Prozent des russischen Gases in Europa ersetzen zu können.

[Trudeau pokert mit Scholz: Kanada behält Nord-Stream-Turbine und bietet Deutschland Flüssiggas \(berliner-zeitung.de\)](https://www.berliner-zeitung.de/trudeau-pokert-mit-scholz-kanada-behaelt-nord-stream-turbine-und-bietet-deutschland-fluessiggas-berliner-zeitung.de)

---

## **Abschlussklärung zum G7-Treffen in Elmau**

**Bei den Diskussionen über eine mögliche Preisdeckelung für russisches Erdöl hat es in Elmau keine Einigung gegeben. Ein hochrangiger US-Regierungsvertreter machte deutlich, dass es bei diesem US-Vorschlag noch keinen Durchbruch gab. Der Regierungsvertreter sagte, dazu befinde man sich noch in Gesprächen mit anderen G7-Partnern. Folgende Passage zu Sanktionen ist im Abschluss-Kommuniqué enthalten (Arbeitsübersetzung):**

...

*Wir bekräftigen unsere Verpflichtung, unsere Abhängigkeit von russischer Energie zu beenden. Darüber hinaus werden wir weitere Maßnahmen prüfen, um Russland daran zu hindern, von seinem Angriffskrieg zu profitieren. Während wir russisches Öl schrittweise von unseren heimischen Märkten entfernen, werden wir versuchen, Lösungen zu entwickeln, die unseren Zielen gerecht werden, die russischen Einnahmen aus Kohlenwasserstoffen zu*

*verringern und die Stabilität auf den globalen Energiemärkten zu unterstützen und gleichzeitig die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen zu minimieren, insbesondere auf Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen.*

*In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Entscheidung der Europäischen Union, gemeinsam mit internationalen Partnern nach Möglichkeiten zu suchen, den Anstieg der Energiepreise einzudämmen, einschließlich der Möglichkeit, gegebenenfalls vorübergehende Preisdeckelungen einzuführen wo dies angebracht ist. Wir werden die Abhängigkeit von zivilen nuklearen und verwandten Gütern aus Russland weiter verringern. Dazu gehört auch die Unterstützung von Ländern, die sich um eine Diversifizierung ihrer Lieferungen bemühen. Wir beauftragen unsere zuständigen Minister, die Durchführbarkeit und Effizienz dieser Maßnahmen dringend zu prüfen. Was das Erdöl betrifft, so werden wir eine Reihe von Ansätzen in Betracht ziehen, darunter auch Optionen für ein mögliches umfassendes Verbot aller Dienstleistungen, die den Transport von russischem Erdöl und Erdölerzeugnissen auf See ermöglichen, es sei denn, das Öl wird zu einem Preis oder unter einem Preis gekauft, der in Absprache mit internationalen Partnern zu vereinbaren ist. Bei der Prüfung dieser und anderer Optionen werden wir neben unseren restriktiven Maßnahmen auch Abfederungsmechanismen in Betracht ziehen, um sicherzustellen, dass die schwächsten und am stärksten betroffenen Länder weiterhin Zugang zu den Energiemärkten auch von Russland. Wir laden alle gleichgesinnten Länder ein, sich uns bei unseren Maßnahmen anzuschließen. Wir beauftragen unsere zuständigen Minister, diese Maßnahmen dringend weiter zu erörtern, mit Drittländern und wichtigen Akteuren des Privatsektors sowie mit bestehenden und neuen und neuen Energielieferanten als Alternative zu russischen Kohlenwasserstoffen zu beraten...*

Hier das vollständige Dokument:

[2022-06-28-leaders-communicue-data.pdf \(g7germany.de\)](#)

---

## **Tagesschau / n-tv**

### **G7-Treffen in Elmau – Ergebnisse**

**Schärfere Sanktionen gegen Moskau, weitere Hilfen für Kiew und ein Bekenntnis zum Klimaschutz: Der G7-Gipfel in Schloss Elmau war geprägt vom Kriegsgeschehen in der Ukraine.**

Wegen des russischen Angriffskriegs erwartet Bundeskanzler Olaf Scholz lang anhaltende und tiefe Einschnitte in den internationalen Beziehungen. Russland habe alle Vereinbarungen über die Zusammenarbeit von Staaten gebrochen, sagte Scholz nach Beratungen der G7 mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj.

Die G7 seien sich einig, dass das die Beziehungen lange prägen werde. „Im Verhältnis zu Russland kann es kein Zurück geben in die Zeit vor dem russischen Überfall auf die Ukraine“, sagte Scholz auf Schloss Elmau. Alle G7-Staaten seien bereit, die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Die Veränderung könne jedoch am besten gemeistert werden, wenn man eng und vertrauensvoll zusammenarbeite. "Wir alle werden die Ukraine in ihrer Verteidigung gegen Russland weiterhin unterstützen", so der Kanzler.

Die G7-Staaten wollen mit neuen Sanktionen den Druck auf Russland erhöhen. „Wir werden weiterhin finanzielle, humanitäre, militärische und diplomatische Unterstützung leisten und stehen an der Seite der Ukraine so lange wie nötig“, hieß in einem Statement der führenden demokratischen Wirtschaftsmächte. Zur G7 gehören neben Deutschland die USA, Kanada, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan. Zudem nahmen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Ratspräsident Charles Michel an dem Treffen teil.

Solidarität mit der Ukraine zählt zu den Hauptbotschaften dieses Gipfels. "Wir werden den Druck auf Putin weiter erhöhen. Dieser Krieg muss enden", schrieb Scholz auf Twitter.

### **Rüstung und Technologie im Zentrum neuer Sanktionen**

Im Mittelpunkt der neuen Sanktionen gegen Russland sollen laut G7-Erklärung die Rüstungsindustrie und der Technologiesektor stehen. „Wir sind entschlossen, Russlands Einnahmen, auch aus Gold, zu reduzieren“, hieß es in dem Papier. Weitere Details wurden nicht genannt.

Die US-Regierung kündigte ein Bündel nationaler neuer Sanktionen sowohl gegen den russischen Verteidigungssektor als auch gegen Firmen an, die bestehende westliche Sanktionen gegen Russland unterlaufen. Es sollten Firmen gelistet werden, die künftig keine US-Technologie mehr kaufen dürfen, teilte das Weiße Haus mit. Finanzinstitutionen sollten sich am Kampf gegen eine Umgehung von Exportkontrollen beteiligen.

Die USA würden in Abstimmung mit den G7-Staaten zudem Sanktionen gegen Hunderte weitere Personen und Institutionen erlassen sowie Strafzölle auf zahlreiche russische Produkte erheben. Die Staats- und Regierungschefs der G7 würden ihre Sanktionen abstimmen und ausweiten, um den Zugang Russlands zu wichtigen Materialien, Dienstleistungen und Technologien aus ihren Volkswirtschaften weiter einzuschränken, hieß es von US-Seite weiter. Sanktionen der USA gegen den russischen Rüstungssektor würden noch ausgeweitet. Damit solle Russlands Fähigkeit eingeschränkt werden, "militärische Ausrüstung zu ersetzen, die es in seinem brutalen Krieg gegen die Ukraine bereits verloren hat".

### **Selenskyj setzt auf Preisdeckelung für Erdölexporte**

Der ukrainische Präsident Selenskyj wurde in Elmau per Video zugeschaltet. Nach Angaben aus Teilnehmerkreisen begrüßte er die geplante Verschärfung der Sanktionen, wobei in Kiew besonders auf eine Preisdeckelung für russische Erdölexporte gesetzt wird. Selenskyj stellte demnach aber auch weitere konkrete Forderungen: reale Sicherheitsgarantien für sein Land, die Lieferung von modernen Raketenabwehrsystemen und anderen Waffen sowie Hilfe beim Wiederaufbau.

Sowohl US-Präsident Joe Biden als auch Kanzler Scholz hatten auf Schloss Elmau die Wirksamkeit der westlichen Sanktionen betont. Dass Russland jetzt nahe an der Zahlungsunfähigkeit stehe, sei die Wirkung drastischer Sanktionen, betonte ein US-

Offizieller. Die russische Wirtschaftsleistung werde in diesem Jahr wahrscheinlich zweistellig sinken und die Inflation auf mehr als 20 Prozent steigen.

Der Ukraine sicherten die G7 Unterstützung beim Wiederaufbau zu. Man sei „bereit, einen internationalen Wiederaufbauplan zu unterstützen“, der von der Ukraine in enger Abstimmung mit bilateralen und multilateralen Partnern ausgearbeitet werde. Ziele seien ein nachhaltiger und grüner wirtschaftlicher Aufschwung, starke demokratische Institutionen, Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung.

Für dieses Jahr sicherten die G7 Finanzhilfen von bis zu 29,5 Milliarden US-Dollar (rund 28 Milliarden Euro) zu. Man wolle das Land dabei unterstützen, seine Finanzierungslücke zu schließen und die Daseinsvorsorge für die Bevölkerung zu gewährleisten, hieß es in dem Papier. Offen blieb, ob es sich um Zuschüsse oder Kredite handelt. Die Mittel sollen helfen, die grundlegenden staatlichen Leistungen des kriegsgebeutelten Landes aufrechtzuerhalten und etwa Renten und die Gehälter von Staatsbediensteten zu zahlen. Scholz warnte im ZDF vor einer Teilung der Welt im Zuge des Ukraine-Kriegs. Man dürfe nicht in die Falle tappen, die Russlands Präsident Wladimir Putin aufstelle, zu behaupten, die Welt sei geteilt in den globalen Westen und alle anderen, sagte er. Deswegen habe er fünf Gastländer zum G7-Gipfel westlicher Wirtschaftsmächte eingeladen: Indien, Indonesien, Südafrika, Senegal und Argentinien.

Deren Staats- und Regierungschefs nahmen am Nachmittag am Gipfel teil. Die G7-Runde vereinbarte mit den Gastländern gemeinsame Anstrengungen für den Klimaschutz. Eine entsprechende Erklärung veröffentlichte die Bundesregierung. Ziel sei es, "einen sauberen und gerechten Übergang zur Klimaneutralität zu beschleunigen und gleichzeitig die Energiesicherheit zu gewährleisten", hieß es.

Siehe auch:

[Produktions- und Lieferketten: G7 sanktionieren russische Rüstungsindustrie - n-tv.de](#)

-----  
**dpa:**

**Scholz und von der Leyen bereiten Ukraine-Wiederaufbaukonferenz vor**

Der Wiederaufbau der Ukraine nach dem russischen Angriffskrieg gegen das Land soll nach Worten von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) auf einer großen Konferenz besprochen werden. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und er hätten sich vorgenommen, eine solche Konferenz gemeinsam vorzubereiten, sagte Scholz am Dienstag zum Abschluss des dreitägigen G7-Gipfels auf Schloss Elmau in Bayern. Dort wolle man mit vielen anderen darüber sprechen, wie es gelingen könne, ein solch großes Land wie die Ukraine, das militärisch so zerstört worden sei, wieder aufzubauen.

„Es wird nicht um eine Anstrengung von wenigen Jahren gehen, sondern um viele Jahre“, sagte Scholz - und was die finanziellen Konsequenzen angehe noch viel länger. Die Weltgemeinschaft müsse hier gemeinsam vorgehen - mit einem Gesamtkonzept, das mit

Forschern und Experten von OECD, Weltbank und anderen entwickelt werden müsse und das über viele Jahrzehnte funktionieren. Es gehe um eine "gigantische Aufgabe".

„Wir brauchen einen Marshall-Plan für die Ukraine, der muss auch gut geplant und entwickelt werden, das haben wir uns vorgenommen“, hatte Scholz schon vor dem G7-Gipfel betont. Die USA hatten Deutschland und anderen europäischen Staaten zwischen 1948 und 1952 mit dem Marshall-Plan geholfen, nach dem Zweiten Weltkrieg wieder auf die Beine zu kommen.

Im Abschlusspapier des G7-Gipfels heißt es dazu: „Wir sind fest entschlossen, den ukrainischen Wiederaufbau durch eine internationale Wiederaufbaukonferenz und einen internationalen Wiederaufbauplan zu unterstützen, der von der Ukraine in enger Abstimmung mit internationalen Partnern ausgearbeitet und umgesetzt wird.“

-----

### **Erklärung zur Stromsolidarität**

**[Deutschland und fünf weitere EU-Länder verpflichten sich zur „Stromsolidarität“ – EURACTIV.de](#)**

Deutschland, Österreich, Tschechien, Ungarn, Polen und die Slowakei haben eine Absichtserklärung zur Risikovorsorge und Solidarität im Stromsektor unterzeichnet, da die Gefahr von Stromausfällen angesichts der schwindenden Energielieferungen aus Russland immer näher rückt. Die sechs Länder unterzeichneten die Erklärung vor dem Treffen der Energieministerinnen und -minister, das am Montag (27. Juni) in Luxemburg stattfand, in Übereinstimmung mit der EU-Verordnung zur Risikovorsorge für 2019. In der Vereinbarung, die EURACTIV vorliegt, heißt es, dass die Unterzeichner „ihre Absicht bekräftigen wollen, ihre Zusammenarbeit bei der Risikovorsorge im Stromsektor beizubehalten und zu verstärken.“

Mit Blick auf den kommenden Winter, in dem die Energielieferungen aus Russland gefährdet sind, koordinieren die sechs Regierungen ihr Vorgehen für den Notfall. Um die Kommunikation unter den Partnern zu vereinfachen und aufrechtzuerhalten, wollen die Länder „relevante Vertreter aus Ministerien und Experten im Bereich Strom zusammenbringen“, um sich auf eine Situation vorzubereiten, in der der Strom so knapp ist, dass er „möglicherweise nicht mit marktbasierter Maßnahmen gelöst werden kann.“

Zu den Maßnahmen, die im Falle einer Stromkrise angeführt werden, gehören: grenzüberschreitende Nutzung von Reservekapazitäten und flexiblen Lasten, Überwachung der kurzfristigen Stromversorgungssicherheit, Informationsaustausch über Sparappelle an die Öffentlichkeit, Unterstützung mit elektrischer Ausrüstung, Wissen und Fachkenntnissen, Einsatz mobiler Generatoren und Austausch von Informationen über Pläne zur Bedarfsabschaltung.

-----



## **Zusammenfassung Ost-Ausschuss-Länderarbeitskreis Russland, 29. Juni**

Am 29. Juni setzte der Ost-Ausschuss seine Reihe von Online-Briefings zu den Auswirkungen des russischen Krieges gegen die #Ukraine mit einer Sitzung des Ost-Ausschuss-Arbeitskreises Russland fort. Dabei stand der deutsche Botschafter in Moskau Géza Andreas von Geyr den rund 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine Stunde lang Rede und Antwort. Der Botschafter beschrieb eindrücklich die Vielzahl von Krisen, die sich seit dem russischen Überfall am 24. Februar zugespitzt haben oder neu entstanden sind, angefangen mit der Krise in der internationalen Politik und Diplomatie über Krisenfolgen für die Wirtschaft bis hin zu Krisen in den Bereichen Klimaschutz, Welternährung, Migration, Wissenschaftszusammenarbeit, Bildung und einer Informationskrise. Mit Sorge werde betrachtet, wie die Bundesrepublik nach den USA zu einem Hauptangriffsziel der russischen Propaganda geworden sei. Deutschen Staatsbürgern in Russland empfiehlt die Botschaft sich in die [Krisenvorsorgeliste \(ELEFAND\) - Auswärtiges Amt \(dipl.o.de\)](#) einzutragen. Arbeitskreissprecher Mario Mehren, Vorstandsvorsitzender der Wintershall Dea AG, ergänzte die Analyse mit Einschätzungen zum Energiemarkt. Die jüngste Reduzierung der Gaslieferungen aus Russland über die Pipeline Nord Stream 1 um rund 60 Prozent sei mit technischen Problemen nicht zu erklären. Nun stelle sich die Frage, ob die Pipeline nach der ab 11. Juli geplanten, jährlichen Revision nach 8 bis 10 Tagen wieder ans Netz gehen werde oder sich politisch veranlasste Lieferstörungen fortsetzen bzw. ausweiten werden.

---

### **Make it in Germany**

Informationen der Bundesregierung zur Fachkräfteanwerbung (auch aus Russland) in verschiedenen Sprachen: <https://www.make-it-in-germany.com/de/>

---

### **Bundeswirtschaftsministerium – Kontakte zu Sanktionsfragen/Russlandthemen**

- Rohstoffe: [buero-ivb5@bmwi.bund.de](mailto:buero-ivb5@bmwi.bund.de)
- Sanktionsbezogene Fragen: [sven.sattler@bmwi.bund.de](mailto:sven.sattler@bmwi.bund.de)
- VB2 (Sanktionen), E-Mail: [Buero-VB2@bmwi.bund.de](mailto:Buero-VB2@bmwi.bund.de)
- Energieversorgung im BMWK: [buero-iiib6@bmwi.bund.de](mailto:buero-iiib6@bmwi.bund.de)

---

### **Euler Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:**

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de/)

---

### **Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen**

[BAFA - Russland](#)

---

## **Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde**

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo\\_eu\\_833\\_2014.pdf?blob=publicationFile&v=9\)](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?blob=publicationFile&v=9)

Belarus:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo\\_eg\\_765\\_2006.pdf?blob=publicationFile&v=19](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?blob=publicationFile&v=19)

---

## **GTAI-Sanktionsübersicht**

Über diese Internet-Seite von Germany Trade&Invest finden Sie die wichtigsten Sanktionsübersichten: [Russland-Ukraine-Konflikt \(gtai.de\)](https://www.gtai.de)

---

## **Dashboard für weltweite Sanktionsentwicklung**

Die kommerzielle Webseite sanctions-intelligence.com verzeichnet fortlaufend Sanktionsentwicklungen weltweit mit vielen nützlichen Links auf Ursprungstexte.

[Sanctions Dashboard | sanctions-intelligence.com](https://www.sanctions-intelligence.com)

## 2. Terminübersicht

### **4. Juli: Sitzung des Arbeitskreises Energie und Nachhaltigkeit und des Länderarbeitskreises Mittelosteuropa im Ost-Ausschuss, 13:00 – 14:30 Uhr**

Thematischer Schwerpunkt der Sitzung ist „Poland - Plans, challenges and cooperation in accelerating the transition to RES“

In der Sitzung wird Adam Guibourgé-Czetwertyński, Vize-Minister für Klima und Umwelt der Republik Polen, die Herausforderungen und Pläne infolge des REPowerEU-Programms und des IEA-10-Punkte-Plans in Polen vorstellen und Fragen von Unternehmen beantworten. Mit den Teilnehmern wollen wir die Bedeutung von REPowerEU für die Kooperation im Energiebereich und speziell bei Erneuerbaren Energiequellen zwischen unseren Ländern diskutieren.

Die Arbeitssprache der Sitzung ist Englisch.

Bei Interesse an einer Teilnahme melden Sie sich bitte bis zum 29. Juni bei Adrian Stadnicki, a.stadnicki@oa-ev.de

-----

### **5. Juli: Online-Jugenddialog „Krieg in der Ukraine: Welche Zukunft für Europas Jugend?“, 11:30 Uhr**

Seit rund vier Monaten dauert der russische Angriffskrieg in der Ukraine bereits an. Intensiv diskutiert wurden in dieser Zeit nicht nur die Frage nach Waffenlieferungen, Abhängigkeiten von russischen Energieträgern oder einem potenziellen EU-Beitritt der Ukraine, sondern auch eine mögliche Neugestaltung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Doch wie steht es um Europas Jugend? Um die, die flüchten mussten und um die, für die ein Krieg in Europa bis dato unvorstellbar schien? Und wie blicken sie in die Zukunft? Darüber möchten wir mit Ihnen reden!

Wir laden Sie am **Dienstag, den 5. Juli 2022**, von **11:30 Uhr bis 13:00 Uhr** herzlich ein zu unserem Online-Jugenddialog „**Krieg in der Ukraine: Welche Zukunft für Europas Jugend?**“. Bringen Sie Ihre Anliegen und Fragen ein und treten Sie in den virtuellen Dialog u.a. mit:

**Daniela Broda**, Vorsitzende des Deutschen Bundesjugendrings

**Max Lucks**, Mitglied u.a. des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag

[JETZT HIER ANMELDEN](#)

Der Online-Bürgerdialog wird von der überparteilichen [Europa-Union Deutschland e.V.](#) veranstaltet und ist Teil des Bürgerdialogprojekts „[Krieg in der Ukraine – Bürgerdialoge zur Zukunft der EU](#)“. Die Veranstaltung wird gefördert durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und findet in Kooperation mit den [Jungen Europäischen Föderalisten \(JEF\) Deutschland](#) statt.

---

## **5. bis 7. Juli: Deutsch-Kosovarisches Wirtschaftsforum in Prishtina**

Die Deutsch-Kosovarische Wirtschaftsvereinigung (KDWW) organisiert gemeinsam mit dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vom 5. bis 7. Juli 2022 das Deutsch-Kosovarische Wirtschaftsforum in Prishtina, zu dem wir Sie herzlich einladen.

Wir freuen uns, dass wir den Premierminister der Republik Kosovo Albin Kurti sowie den deutschen Botschafter Jörn Rohde als Sprecher gewinnen konnten. Mit diesem Forum wollen wir Ihnen die Möglichkeit bieten, in Fachvorträgen sowie zahlreichen Netzwerkmöglichkeiten mit kosovarischen und deutschen Unternehmern, Institutionsvertretern und Politikern mehr über den kosovarischen Markt mit seinen Investitions- und Kooperationsmöglichkeiten zu erfahren. Besonderen Schwerpunkt werden wir auf die folgenden Themen setzen:

- ICT, Business Process Outsourcing und kreative Industrie
- Nearshoring (Einkauf, Investition, Kooperation)
- erneuerbare Energie.

Darüber hinaus erwarten Sie unter anderem zwei Abendveranstaltungen mit Gelegenheit, Ihr Netzwerk mit Vertretern aus Unternehmen und Institutionen zu erweitern. Unternehmensbesichtigungen sowie Stadtführungen in Prishtina und Prizren ergänzen das Programm.

Weitere Informationen erhalten Sie bei: Anja Quiring: [A.Quiring@oa-ev.de](mailto:A.Quiring@oa-ev.de)

---

## **6. Juli: Präsentation der neuen wiiw-Konjunkturprognose für Osteuropa: Welche Folgen hat der Ukraine-Krieg?, 10:00 Uhr**

Online via Demio

wiiw-Direktor [Mario Holzner](#) präsentiert mit Ukraine-Expertin [Olga Pindyuk](#) die neue wiiw-Konjunkturprognose 2022-2024 für [23 Länder](#) in Mittel-, Ost-, und Südosteuropa.

### **Im Fokus stehen dabei folgende Fragen:**

- Wie stark wird der dauerhafte Anstieg der Energie- und Lebensmittelpreise sein?
- Könnte es zu einer Energiemangel und einer globalen Nahrungsmittelkrise kommen?
- Welche Länder der Region trifft die hohe Inflation am stärksten?
- Wie sehr treffen die Lieferketten-Probleme und der Rückgang der Auslandsnachfrage die Industrie in Mittel-, Ost- und Südosteuropa?
- Wird der Dienstleistungssektor von den Lockerungen der COVID-19-Beschränkungen profitieren?

- Werden die global steigenden Zinsen in der Region zu einer Straffung der Geldpolitik und einer restriktiveren Kreditvergabe führen?
- Wie sehr wird Österreichs Wirtschaft von den Corona-Wiederaufbauprogrammen in der Region profitieren?
- Könnte es zu einer Blockade der Ölexporte Kasachstans nach Österreich kommen?

*Die Präsentation erfolgt auf Deutsch in Form eines Webinars via Demio. Teilnehmer\*innen werden die Möglichkeit haben, Fragen zu stellen.*

Für den Teilnahme-Link registrieren Sie sich bitte hier:

[Online-Pressekonferenz - Sommerprognose Osteuropa - Demio](#)

Rückfragehinweis:

Andreas Knapp, Communications Manager, Tel. +43 680 13 42 785, [knapp@wiiw.ac.at](mailto:knapp@wiiw.ac.at)

-----

**20. Juli: Online-Update von EulerHermes zu „Deckungspraxis Russland, Belarus und Ukraine“ von 8:30 – 9:30 Uhr**

Angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine hat die Bundesregierung am 24.2.2022 die Übernahme von Exportkreditgarantien (Hermesdeckungen), Garantien für Ungebundene Finanzkredite und Investitionsgarantien des Bundes für Russland und Belarus bis auf Weiteres ausgesetzt. Am 26.2.2022 ist zudem ein EU-weites Verbot von Exportkredit- und Investitionsgarantien für Russland in Kraft getreten. Es werden für Russland und Belarus keine Anträge auf Übernahme von staatlichen Garantien bearbeitet. Bereits bestehende Exportkredit- und Investitionsgarantien sichern Exporteure, finanzierende Banken und Investoren weiterhin gegen Zahlungsausfälle und politische Risiken in diese Länder ab.

Hier finden Sie die [Übersicht](#) der EH-Veranstaltungen.

-----

**21. Juli: AHK-Webinar zum Thema „Güterbezogene Sanktionsmaßnahmen gegen Russland und Belarus, 10:00 – 12:00 Uhr**

Am Donnerstag, den **21. Juli 2022 von 10:00 bis 12:00 Uhr MEZ** (11:00 – 13:00 Moskauer / Minsker Zeit) laden wir Sie herzlich ein zu einem **Webinar zum Thema „Güterbezogene Sanktionsmaßnahmen gegen Russland und Belarus“** mit **Georg Pietsch**, Abteilungsleiter für Ausfuhrverfahren, Genehmigungen, Internationale Regime – Verfahren, Outreach-Projekte, und **Thomas Barowski**, Leiter des Referats für Grundsatz und Verfahrensfragen im BAFA.

Das Webinar wird federführend vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) in Kooperation mit der Delegation der Deutschen Wirtschaft in Russland und der Repräsentanz der Deutschen Wirtschaft in Belarus organisiert.

Anmeldeschluss ist der 20. Juli

[Webinar zu güterbezogenen Sanktionsmaßnahmen gegenüber Russland und Belarus \(ahk.de\)](#)

### 3. EU-Sanktionen gegen Russland (Entwicklung seit dem 24. Juni)

#### Weiter Streit um Kaliningrad-Transit – EU-Kommission plant Klarstellung bis 11. Juli

Nach übereinstimmenden Meldungen verschiedener Medien (u.a. n-tv, Spiegel-online, Euractiv) scheint die EU im Streit um blockierte Transit-Lieferungen in die Exklave Kaliningrad durch Litauen Russland entgegenzukommen. Nach Informationen des Spiegel hatte sich unter anderem Deutschland für diese Lösung eingesetzt. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sagte beim Nato-Gipfel in Madrid, es gehe „um den Verkehr zwischen zwei Teilen Russlands“. In diesem Lichte müsse die Europäische Union „die notwendigen Rahmenbedingungen“ festsetzen. Die Beteiligten seien bemüht, „eine Deeskalationsdynamik zu etablieren“, versicherte Scholz. Der EU-Rat habe nie vorgehabt, den Transit von russischen Gütern nach Kaliningrad zu unterbinden, heißt es nun in Brüssel.

Die EU-Kommission will in den kommenden Tagen eine neue „Guidance“ herausgeben, eine Interpretationshilfe, wie die Sanktionen anzuwenden sind. Dies soll vor dem 10. Juli geschehen, wenn die nächsten Produktgruppen unter das Sanktionsregime fallen. Der mögliche Kompromiss sieht vor, dass der Güterverkehr zwischen Russland und dem Kaliningrader Gebiet von den EU-Sanktionen ausgenommen wird, da er nicht zum normalen internationalen Handel zählt, weil die Exklave zu Russland gehört. Der Umfang des Güterverkehrs dürfe aber nicht das Vorkriegsniveau überschreiten.

Nach Informationen des Handelsblatts beharrt Litauen aber weiterhin auf seiner Position. „Sanktionen müssen durchgesetzt werden“, sagt demnach die Außenministerin Simonyte. „Keine Entscheidung sollte die Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit der EU-Sanktionspolitik untergraben.“ Und der Präsident des Landes, Gitanas Nausėda, warnt, dass eine Abschwächung der Sanktionen einer „Beschwichtigung“ Russlands gleichkäme. Einen „grünen Korridor für bestimmte Waren“ dürfe es nicht geben. Deshalb will Litauen auch an weiteren Transitbeschränkungen festhalten, die in den kommenden Monaten in Kraft treten sollen. So betonte Simonyte am gestrigen Donnerstag, dass man am 10. Juli das Transportverbot wie geplant auf russischen Zement und Alkohol ausweiten werde.

Berichte zum Thema:

<https://www.n-tv.de/politik/Kaliningrad-Transit-wohl-bald-wieder-frei-article23432363.html>

[The Brief – Unpredictable Lithuania? – EURACTIV.com](#)

[Russland darf offenbar bald wieder nach Kaliningrad liefern: EU will Verbot kippen \(t-online.de\)](#)

-----

## Übersicht der Ergebnisse des EU-Gipfels in Brüssel und des G7-Gipfels

Business Europe hat kompakt die wichtigsten Entwicklungen der zurückliegenden Gipfeltreffen zusammengefasst:

### 1. Ergebnisse des Europäischen Rates

- Die Ukraine und Moldawien erhalten den Kandidatenstatus

Am 23. Juni hat der Europäische Rat der Ukraine und der Republik Moldau den Status von EU-Kandidaten zuerkannt. Die Staats- und Regierungschefs der EU forderten die Europäische Kommission auf, dem Rat über die Erfüllung der in den Stellungnahmen der Kommission zu den jeweiligen Beitrittsanträgen genannten Bedingungen zu berichten. Der Rat wird über weitere Schritte entscheiden, sobald alle diese Bedingungen vollständig erfüllt sind.

- Arbeit an Sanktionen wird fortgesetzt

Der Europäische Rat verpflichtete sich, die Arbeit an den Sanktionen als Reaktion auf die russische Aggression fortzusetzen, und rief alle Länder auf, sich den EU-Sanktionen anzuschließen, insbesondere die Länder, die sich um eine EU-Mitgliedschaft bewerben.

- Solidarität mit der Ukraine

Die Staats- und Regierungschefs forderten den Rat auf, an einer weiteren Aufstockung der militärischen Unterstützung zu arbeiten. Darüber hinaus wird erwartet, dass die Europäische Kommission einen Vorschlag zur Gewährung einer neuen Sonderfinanzhilfe für die Ukraine im Jahr 2022 vorlegen wird. Schließlich forderten die Staats- und Regierungschefs die Europäische Kommission auf, Vorschläge für die EU-Unterstützung des Wiederaufbaus der Ukraine vorzulegen.

- Ernährungssicherheit

Die Staats- und Regierungschefs der EU forderten Russland auf, die Angriffe auf landwirtschaftliche Einrichtungen unverzüglich einzustellen und die Blockade der Schwarzmeerhäfen aufzuheben, um die Ausfuhr ukrainischen Getreides und die Wiederaufnahme des kommerziellen Schiffsverkehrs zu ermöglichen.

Die ausführlichen Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zur Ukraine, zu den Beitrittsanträgen der Ukraine, der Republik Moldau und Georgiens, zu den westlichen Balkanstaaten und zu den Außenbeziehungen finden Sie hier:

[European Council conclusions on Ukraine, the membership applications of Ukraine, the Republic of Moldova and Georgia, Western Balkans and external relations, 23 June 2022 - Consilium \(europa.eu\)](#)

## 2. Ergebnisse des G7-Gipfels

Die Staats- und Regierungschefs der Gruppe der Sieben (G7) trafen sich vom 26. bis 28. Juni 2022 in Schloss Elmau, Deutschland. Zu ihnen gesellten sich die Staats- und Regierungschefs von Argentinien, Indien, Indonesien, Senegal und Südafrika sowie der Ukraine. Im Hinblick auf den Krieg in der Ukraine haben die G7:

- Sie verurteilten erneut den illegalen und ungerechtfertigten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und bekräftigten ihre Zusage, der Ukraine weiterhin finanzielle, humanitäre, militärische und diplomatische Unterstützung zukommen zu lassen.

- Sie verpflichteten sich, den Wiederaufbau der Ukraine durch eine internationale Wiederaufbaukonferenz und einen internationalen Wiederaufbauplan zu unterstützen, die von der Ukraine in enger Abstimmung mit internationalen Partnern ausgearbeitet und umgesetzt werden.

- Sie verpflichteten sich, Russland weiterhin schwere und dauerhafte Kosten aufzuerlegen, um zur Beendigung dieses Krieges beizutragen, und zwar durch koordinierte Sanktionen und durch die Verringerung der Einnahmen Russlands, auch aus Gold.

- Sie beschlossen, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um die Energieversorgung zu sichern und die durch die außergewöhnlichen Marktbedingungen verursachten Preissprünge zu verringern, indem sie unter anderem zusätzliche Maßnahmen wie (vorübergehende) Preisobergrenzen prüfen. Die G7 bekräftigten ihre Verpflichtung, die Abhängigkeit von russischer Energie schrittweise zu verringern, ohne dabei Kompromisse bei den Klima- und Umweltzielen einzugehen. Insbesondere für Erdöl werden die G7 eine Reihe von Ansätzen in Erwägung ziehen, darunter auch Optionen für ein mögliches umfassendes Verbot aller Dienstleistungen, die den weltweiten Transport von russischem Rohöl und Erdölprodukten auf dem Seeweg ermöglichen, es sei denn, das Öl wird zu einem Preis oder unter einem Preis gekauft, der in Absprache mit internationalen Partnern vereinbart wird. Bei der Prüfung dieser und anderer Optionen werden sie auch Mechanismen zur Milderung der Folgen für die am meisten gefährdeten und betroffenen Länder in Betracht ziehen.

Das Kommuniqué der G7-Staats- und Regierungschefs finden Sie hier:

[2022-06-28-abschlusserklaerung-eng-web-data.pdf \(g7germany.de\)](#)

BusinessEurope verfolgt die Entwicklungen aufmerksam und bewertet die neuen G7-Maßnahmen, insbesondere im Energiebereich. Wir laden unsere Mitglieder ein, uns auch weiterhin alle Fragen oder Bedenken mitzuteilen, die sie insbesondere im Zusammenhang mit den Sanktionen haben.

-----



**Dpa:**

## **EU-Staaten wollen Umgehen von Sanktionen zur Straftat machen**

Die Enteignung russischer Oligarchen, die versuchen EU-Sanktionen zu unterlaufen, rückt näher. Die ständigen Vertreter der EU-Staaten in Brüssel stimmten dem Vorschlag zu, derlei Versuche EU-weit als Straftat zu definieren. Dies würde es ermöglichen, Verstöße in allen EU-Staaten gleichermaßen zu verfolgen und Mindeststrafen festzulegen. Wie die französische EU-Ratspräsidentschaft am Mittwochabend mitteilte, steht die erforderliche Zustimmung des Europaparlaments noch aus.

Die EU-Kommission hatte Ende Mai die Ausweitung der Liste der EU-Verbrechen vorgeschlagen, weil es sanktionierten Oligarchen ihrer Ansicht nach noch zu oft gelingt, davonzukommen. Sie bringen ihre Jachten etwa in internationale Gewässer oder übertragen Vermögen auf andere Eigentümer. Das liegt auch daran, dass das Umgehen von Sanktionen nicht in allen EU-Staaten strafbar ist. Grundsätzlich eine Straftat ist es nach damaligen Angaben von EU-Justizkommissar Didier Reynders in zwölf Ländern.

---

## **Tagesschau**

### **Neue Sanktionen gegen Russland geplant**

**Die G7-Staaten wollen laut US-Regierung weitere Strafmaßnahmen gegen Russland verhängen. Ziel der Sanktionen sei es unter anderem, die technischen Fähigkeiten der russischen Armee im Krieg gegen die Ukraine zu schwächen.**

Wegen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine wollen die G7-Staaten nach Angaben der US-Regierung weitere Strafmaßnahmen gegen Moskau verhängen. Die Maßnahmen richteten sich unter anderem gegen militärische Produktions- und Lieferketten, teilte das Weiße Haus im Rahmen des Gipfels in Bayern mit. Die USA würden in Abstimmung mit den G7-Staaten Sanktionen gegen Hunderte weitere Personen und Institutionen erlassen sowie Strafzölle auf zahlreiche russische Produkte erheben. Am zweiten Tag des G7-Gipfels wurde der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj zugeschaltet.

Noch keinen Durchbruch gab es beim US-Vorschlag für eine Preisobergrenze für russisches Öl. Ein hochrangiger US-Regierungsvertreter sagte, dazu befinde man sich noch in Gesprächen mit anderen G7-Partnern. Man stehe aber kurz davor, dass die zuständigen Minister angewiesen würden, entsprechende Mechanismen zu entwickeln. Der Vorschlag der USA sieht vor, Russland dazu zu zwingen, Öl künftig für einen deutlich niedrigeren Preis an große Abnehmer wie Indien zu verkaufen.

### **Einnahmen aus Strafzöllen an die Ukraine**

Das Weiße Haus teilte mit, die Staats- und Regierungschefs der G7 würden ihre Sanktionen abstimmen und ausweiten, um den Zugang Russlands zu wichtigen Materialien, Dienstleistungen und Technologien aus ihren Volkswirtschaften weiter einzuschränken. US-Sanktionen gegen den russischen Rüstungssektor würden noch ausgeweitet. Damit solle

Russlands Fähigkeit eingeschränkt werden, "militärische Ausrüstung zu ersetzen, die es in seinem brutalen Krieg gegen die Ukraine bereits verloren hat".

Weiter hieß es in der Mitteilung, die USA würden auf mehr als 570 russische Produktgruppen mit einem Volumen von rund 2,3 Milliarden Dollar Strafzölle erheben. Biden und andere G7-Staats- und Regierungschefs würden sich darum bemühen, die Einnahmen aus Strafzöllen auf russische Waren zur Unterstützung der Ukraine zu verwenden. Damit wolle man sicherstellen, „dass Russland für die Kosten seines Krieges aufkommt“.

### **US-Einreisesperren gegen 500 Regierungsvertreter**

Das Weiße Haus kündigte darüber hinaus an, dass die Staats- und Regierungschefs der G7 Sanktionen gegen diejenigen beschließen würden, die für Menschenrechtsverletzungen wie Kriegsverbrechen verantwortlich sind. Das US-Außenministerium werde Einreisesperren gegen rund 500 Regierungsvertreter verhängen, „weil sie die Souveränität, territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit der Ukraine bedrohen oder verletzen oder abweichende Meinungen in Russland unterdrücken“.

Nach Angaben der US-Regierung werden sich die G7 außerdem dazu verpflichten, der Ukraine bei der Deckung ihrer kurzfristigen Haushaltsdefizite zu helfen. Die USA würden dafür aus dem vom US-Kongress beschlossenen Hilfspaket 7,5 Milliarden Dollar zusagen. Die G7 würden zusichern, die Ukraine finanziell, humanitär, militärisch und diplomatisch zu unterstützen, „solange es nötig ist“. Diese Zusage beinhaltet auch die Bereitstellung moderner Waffensysteme.

Der Gipfel der sieben wichtigen demokratischen Industriestaaten hatte am Sonntagmittag begonnen und dauert noch bis Dienstag. Zur Gruppe der Sieben gehören neben Deutschland die USA, Kanada, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan.

-----  
Weitere Meldungen mit EU-Bezug:

### **Litauens Parlament verbietet Gasimporte aus Russland**

In Litauen hat das Parlament in Vilnius den Import von Gas aus Russland verboten. Die Volksvertretung Seimas beschloss am Dienstag einstimmig gesetzliche Änderungen, die Lieferanten aus Ländern, die als Bedrohung für die nationale Sicherheit gelten, den Zugang zum litauischen Gastransportsystem verwehren. Auch das Flüssiggasterminal in Klaipeda kann nicht von ihnen genutzt werden. Ausnahmen gelten für Lieferanten, die Gas über Litauen in die russische Ostsee-Exklave Kaliningrad transportieren. Das baltische EU- und Nato-Land hatte seine Energieimporte aus Russland nach eigenen Angaben vor gut einem Monat vollständig gestoppt. Nach Parlamentsangaben bezog Litauen jährlich Öl, Gas und Strom im Wert von mehr als drei Milliarden Euro aus Russland.

## **Bulgarien weist 70 russische Diplomaten aus**

Bulgarien wird nach Angaben des bulgarischen Premierministers Petkov 70 Mitarbeiter der russischen Vertretung in Sofia zu unerwünschten Personen erklären und ausweisen, berichten russische Medien. Petkov erwarte, dass am Sonntag ein Flugzeug mit 70 besetzten Sitzen nach Moskau zurückfliege. Die diplomatische Rolle der Ausgewiesenen sei nur Tarnung. Mit der Ausweisung werde das Personal der russischen Botschaft etwa halbiert. Bulgarien rechne mit entsprechenden russischen Gegenmaßnahmen, die im schlimmsten Fall zur Schließung der bulgarischen Vertretung in Russland führen könne.

Tatsächlich hat Russland nach Informationen von Euractiv Bulgarien am Donnerstag ein Ultimatum bis Freitag, 12 Uhr mittags gestellt, um die Entscheidung über die Ausweisung von 70 Diplomatinen und Diplomaten rückgängig zu machen. Sonst will Moskau die diplomatischen Beziehungen ganz abbrechen. Das Thema sorgt derzeit auch für Streit in der Bulgarischen Innenpolitik. Teile der früheren Regierungskoalition sind gegen das Vorgehen gegen Russland. Obwohl ihr Land Mitglied der NATO ist, haben die Bulgarinnen und Bulgaren laut der jüngsten Umfrage von Alpha Research große geopolitische Vorbehalte. Nur 39 Prozent der Befragten sprechen sich dafür aus, dass das Land in einem neuen Kalten Krieg ein Verbündeter des Westens wird, während 23 Prozent auf ein Bündnis mit Russland und Belarus drängen. Fast 30 Prozent sind sich unschlüssig, welche Seite sie unterstützen würden, obwohl die Mehrheit für Parteien mit einer Euro-atlantischen Agenda stimmt.

[Diplomatische Krise: Russland stellt Bulgarien Ultimatum – EURACTIV.de](#)

-----

## **Ausschreibung für EU-Sanktionsstudie**

Die EU-Kommission hat bis zum 1. Juli 2022 zur Einreichung von Angeboten für eine Studie über die wirtschaftlichen Auswirkungen von EU-Sanktionen aufgerufen, die nach Ansicht der Kommission unzureichend bekannt sind. Die Studie wird eine Methodik zur Bewertung der wirtschaftlichen Auswirkungen von EU-Sanktionen entwickeln und diese auf Fallstudien autonomer EU-Sanktionsregelungen anwenden. Sie soll die Folgen der EU-Sanktionen für folgende Gruppen untersuchen:

- gelistete natürliche und juristische Personen;
- die Wirtschaft von Drittländern, mit denen gelistete Personen und Organisationen in Verbindung stehen;
- unternehmerische Entscheidungen oder Verhaltensweisen von EU-Wirtschaftsakteuren und
- Handel und Investitionen zwischen der EU und den Drittländern.

[EU-Commission- -Invitation-to-tender- -FISMA-2022-OP-0001- -Economic-impact-of-sanctions.pdf \(europeansanctions.com\)](#)

[eTendering - Data \(europa.eu\)](#)

---

## Konsolidierte FAQ der Europäischen Kommission zu Russland-Sanktionen

Die Europäische Kommission hat eine konsolidierte Version der FAQ zu den Russland-Sanktionen veröffentlicht:

[Consolidated version of the frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](#)

Hier Links zu einzelnen FAQ:

- [Consolidated version of the FAQs](#) (24. Juni)
- [oil imports](#) (24. Juni)
- [imports and purchase of goods](#) (24. Juni)
- [road transport](#) (24. Juni)
- [business services](#) (24. Juni)
- [trusts services](#) (24. Juni)
- [State-owned enterprises](#) (23. Juni)
- [Insurance and reinsurance, agricultural products from Russia](#) and [agricultural products from Ukraine](#) (22. Juni)
- [State-owned enterprises](#) and [central securities depositories](#) (16. Juni)
- [Imports and purchase of goods](#) and [sale of securities](#) (14. Juni)
- [Execution of prior contracts](#) (13. Juni)
- [state-owned enterprises](#) (8. Juni)
- [public procurement](#) (2. Juni)
- [aviation](#) (2. Juni)
- [credit rating](#) (1. Juni)
- [deposits](#) (1. Juni)
- [insurance and reinsurance](#) (1. Juni)
- [customs-related matters](#) (1. Juni)
- [circumvention and due diligence](#) (31. Mai)
- [deposits](#) (23. Mai)
- [public procurement](#) (23. Mai)
- [access to EU ports](#) (23. Mai)
- [sale of securities](#) (23. Mai)
- [circumvention and due diligence](#) (19. Mai)
- [assets freeze](#) (19. Mai)
- [central securities depositories](#) (17. Mai)
- [trading](#) (13. Mai)
- [state-owned enterprises](#) (11. Mai)
- [customs](#) (5. Mai)
- [trading](#) (4. Mai)
- [assets freeze and prohibition to make funds and economic resources available](#) (4. Mai)
- [insurance and reinsurance](#) (3. Mai)
- [sale of securities in an official Member State currency](#) (3. Mai)
- [deposits](#) (3. Mai)
- [luxury goods](#) (2. Mai)

- [humanitarian aid](#) (2. Mai)
- [credit rating](#) (28. April)
- [access to EU ports](#) (27. April)
- [central securities depositories](#) (26. April)
- [export restrictions on maritime navigation goods and technology](#) (26. April)
- [intellectual property rights](#) (26. April)
- [customs related matters](#) (25. April)
- [Russian energy sector](#) (22. April)

Alle Entwicklungen in der Übersicht:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](#)

Die EU-Übersicht zu 50 häufig gestellte Fragen zu EU- Ausfuhrbeschränkungen:

[FAQ on export-related restrictions to Russia for dual-use items and "advanced technology" items \(Articles 2, 2a and 2b of Regulation No 833/2014\) \(europa.eu\)](#)

-----

### **Liste der EU-Personensanktionen**

[EU-Sanktionen: Kommission veröffentlicht Liste mit Einreiseverboten \(europa.eu\)](#)

Sanktionskarte der EU:

[EU Sanctions Map](#)



zur Beeinflussung von Personen, die an Verstößen gegen die grundlegenden Menschenrechte und Freiheiten, Rechte und Freiheiten der Russischen Föderation beteiligt sind“ und „Über die Massenmedien“.

Dementsprechend gibt es vier verschiedene Register, die vom Justizministerium geführt werden:

- Register der gemeinnützigen Organisationen, die die Aufgaben eines ausländischen Agenten wahrnehmen (73 gemeinnützige Organisationen),
- Register der nicht registrierten öffentlichen Vereinigungen, die die Aufgaben eines ausländischen Agenten wahrnehmen (7 öffentliche Vereinigungen),
- Register der Massenmedien, die die Aufgaben eines ausländischen Agenten wahrnehmen (160 Massenmedien),
- Register der natürlichen Personen, die die Aufgaben eines ausländischen Agenten wahrnehmen (7 natürliche Personen).

Die Erläuterungen zu dem neuen Gesetz sind auf der Website der Staatsduma veröffentlicht. Die wichtigsten Bestimmungen sind unten.

Ein ausländischer Agent ist nach dem Gesetz eine Person, die Unterstützung aus dem Ausland erhalten hat oder unter ausländischem Einfluss steht und in Russland politische Aktivitäten, die gezielte Sammlung von Informationen im Bereich der militärischen, militärischen und technischen Aktivitäten der Russischen Föderation oder die Verteilung von Nachrichten und Materialien an eine unbegrenzte Anzahl von Personen betreibt.

Ausländische Agenten können als solche erkannt werden:

- eine russische oder ausländische juristische Person, ungeachtet ihrer Organisations- und Rechtsform;
- öffentliche Vereinigung, die ohne Gründung einer juristischen Person handelt, sonstige Personenvereinigung, ausländische Struktur ohne Gründung einer juristischen Person
- Eine natürliche Person, ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit.

### **Was ist ausländischer Einfluss?**

Ausländische Einflussnahme ist „die Unterstützung oder Beeinflussung einer Person durch eine ausländische Quelle, auch durch Zwang, Überredung oder andere Mittel. Unterstützung wird definiert als die Bereitstellung von Geld oder anderen Gütern durch eine ausländische Quelle an eine Person sowie die Bereitstellung von organisatorischer, methodischer, wissenschaftlicher, technischer oder sonstiger Hilfe.

Das Justizministerium wird klare Kriterien dafür festlegen, was genau als ausländische Einflussnahme, auch in anderer Form, gilt.

Bei den ausländischen Quellen kann es sich sowohl um ausländische Staaten und Organisationen - einschließlich internationaler Organisationen und Strukturen ohne eigene

Rechtspersönlichkeit - als auch um Bürger anderer Länder sowie um russische juristische Personen und Bürger handeln, die bereits ausländische Mittel oder Unterstützung erhalten.

### **Wer kann nicht als ausländischer Agenten anerkannt werden?**

Das Gesetz enthält auch eine Liste von Personen, die nicht als ausländische Agenten anerkannt werden können. Darunter:

- öffentliche Behörden der Russischen Föderation, staatliche Unternehmen und staatliche Körperschaften sowie Personen, die unter deren Kontrolle stehen;
- religiöse Organisationen;
- politische Parteien;
- Arbeitgeberverbände, Industrie- und Handelskammern
- Mitglieder internationaler Organisationen, die nach Russland gekommen sind, um ihre Aufgaben zu erfüllen.

### **Welche Beschränkungen gibt es für ausländische Agenten?**

Ausländische Vertreter sind verpflichtet, ihren Status gegenüber ihren Mitarbeitern und den Behörden, an die sie sich wenden, um ihre Interessen zu vertreten, offenzulegen. Sie sind auch verpflichtet, die von ihnen hergestellten Materialien zu kennzeichnen. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass die Kennzeichnung von Materialien, die von ausländischen Vertretern verteilt werden, erforderlich ist, wenn sie mit der von ihnen ausgeübten beruflichen Tätigkeit oder der Tätigkeit, die als Grundlage für die Eintragung in das Register diente, in Zusammenhang stehen, was „die Verpflichtung zur Kennzeichnung von Mitteilungen persönlicher oder häuslicher Art ausschließt“.

### **Darüber hinaus können ausländische Agenten nicht mehr:**

- erzieherische Tätigkeiten für Minderjährige oder pädagogische Tätigkeiten ausüben - in staatlichen und kommunalen Bildungseinrichtungen
- die Herstellung von Informationsprodukten für Minderjährige;
- Beteiligung an der Beschaffung von Waren, Bau- und Dienstleistungen für den staatlichen und kommunalen Bedarf
- staatliche finanzielle Unterstützung zu erhalten, auch für kreative Aktivitäten
- den Betrieb von Einrichtungen und Tätigkeiten für kritische Informationsinfrastrukturen, um deren Sicherheit zu gewährleisten
- als Sachverständiger an der Durchführung von staatlichen Umweltgutachten teilzunehmen.

Ausländische Vertreter dürfen nicht in staatlichen oder kommunalen Diensten arbeiten, Mitglieder von Wahlausschüssen sein oder als Organisatoren öffentlicher Veranstaltungen auftreten. Sie können auch nicht in strategische Unternehmen in Russland investieren, das System der vereinfachten Besteuerung nutzen oder Spenden an die Wahlkampffonds von Kandidaten und politischen Parteien leisten.

### **Wo werden die Informationen über ausländische Agenten gespeichert?**



Das Justizministerium wird ein einheitliches Register der ausländischen Agenten sowie ein einheitliches Register der mit ihnen verbundenen natürlichen Personen führen. Zu letzteren gehören die Gründer, Leiter, Mitglieder, Teilnehmer oder Angestellten der Organisation, die als ausländischer Vertreter gemeldet wurde. Personen, die mit ausländischen Agenten verbunden sind, unterliegen nicht den Anforderungen und Beschränkungen, die für ausländische Agenten gelten.

Eine Person erwirbt den Status eines ausländischen Agenten ab dem Tag, der auf den Tag folgt, an dem die Informationen über eine solche Person auf der offiziellen Website des Justizministeriums im Register der ausländischen Agenten veröffentlicht werden, und erlischt an dem Tag, an dem diese Informationen aus dem Register gelöscht werden.

### **Wie hoch ist das Risiko von Verstößen?**

Bei Verstößen gegen die Tätigkeit eines ausländischen Vertreters ist die zugelassene Stelle nun verpflichtet, eine Anordnung zur Beseitigung der Verstöße zu erlassen, was mindestens einen Monat dauern dürfte. Nach den Änderungen werden die Anforderungen an die Form und das Verfahren für die Veröffentlichung von Warnungen vor der Verbreitung von Materialien durch ausländische Agenten von der russischen Regierung festgelegt.

Darüber hinaus hat ein Verstoß gegen die Rechtsvorschriften über ausländische Agenten eine verwaltungsrechtliche, strafrechtliche und sonstige Haftung gemäß dem festgelegten Verfahren zur Folge.

### **Affilierte Personen**

Dem Gesetz zufolge werden Personen, die mit ausländischen Agenten in Verbindung stehen, in ein gesondertes Register aufgenommen.

Das Gesetz stellt klar, wer als eine mit einem ausländischen Agenten affilierte Person anzusehen ist: Eine Person gilt als affilierte Person, wenn sie Mitglied eines Organs einer juristischen Person - ausländischer Agent - ist oder wenn sie Gründer, Mitglied, Teilnehmer, Manager oder Angestellter einer solchen juristischen Person ist.

Ebenfalls mit einem ausländischen Agenten verbunden ist eine Person, die politische Aktivitäten ausübt und Geld oder Eigentum von ausländischen Agenten erhält, auch über Vermittler, um politische Aktivitäten auszuführen.

Es wird festgelegt, dass natürliche Personen, die mit ausländischen Agenten verbunden sind, nicht den für ausländische Agenten festgelegten Anforderungen und Beschränkungen unterliegen, gleichzeitig wird die bevollmächtigte Stelle ein einheitliches Register der natürlichen Personen führen, die mit ausländischen Agenten verbunden sind.

Nicht nur ausländische Staaten, Behörden ausländischer Staaten, internationale ausländische Organisationen, ausländische Bürger, Staatenlose, sondern auch „ausländische

Strukturen ohne Bildung einer juristischen Person“ können als ausländische Quellen in der Definition der ausländischen Agenten anerkannt werden.

Bürger der Russischen Föderation und russische juristische Personen, die Gelder oder andere Vermögenswerte aus den oben genannten Quellen erhalten, sowie Personen, die von den oben genannten Quellen beeinflusst werden, können ebenfalls als ausländische Quellen anerkannt werden.

Das Gesetz sieht einen Vorbehalt vor, wonach politische Aktivitäten keine Aktivitäten im Bereich der Wissenschaft, Kultur, Kunst, des Schutzes des menschlichen Lebens, der Familie, der traditionellen Familienwerte, der Mutterschaft und der Kindheit umfassen, sofern „die jeweilige Aktivität nicht den nationalen Interessen der Russischen Föderation, den Grundlagen der öffentlichen Ordnung der Russischen Föderation und anderen durch die russische Verfassung geschützten Werten widerspricht“.

### **Ausschluss aus dem Register**

Das Gesetz legt die Gründe für den Ausschluss einer gemeinnützigen Organisation aus dem Register der ausländischen Vertreter fest. Dazu muss sie entweder keine Gelder aus ausländischen Quellen mehr erhalten oder ihre politischen Aktivitäten einstellen oder beide Bedingungen gleichzeitig erfüllen. In solchen Fällen wird die Organisation aus dem Register gestrichen.

Für Personen, die zum ersten Mal in das Register aufgenommen werden, gibt es ein vereinfachtes Verfahren.

Eine solche natürliche Person kann einen formlosen Antrag stellen und Unterlagen beifügen, die den Wegfall der Umstände bestätigen, die zur Aufnahme in das Register geführt haben. Der Justizminister oder sein Stellvertreter wird über den Antrag entscheiden.

Das Verfahren für die Aufnahme in das Register und andere Einzelheiten sollen in 19 von der Regierung und dem Justizministerium zu erarbeitenden Verordnungen festgelegt werden. Sie sollen bis zum 1. Dezember 2022 erscheinen.

Bis heute wurden sechs Medien und 144 NRO, die zuvor als ausländische Agenten bezeichnet wurden, aus den Registern des Justizministeriums gestrichen.

### **Kritik und mögliche Konsequenzen**

Die Diskussion über den Gesetzesentwurf wurde intensiv geführt und das verabschiedete Gesetz wurde von verschiedenen parlamentarischen Parteien und Fraktionen in der Regierung wegen unklarer Formulierungen und einer weiten Auslegung des Agentenstatus heftig kritisiert.

Um als „ausländischer Agent“ bezeichnet zu werden, reicht es aus, die Tatsache des „ausländischen Einflusses“ nachzuweisen. Dabei kann es sich um die Entgegennahme von Geldbeträgen oder anderer materieller Unterstützung aus „ausländischen Quellen“ handeln,

zu denen auch Russen oder russische Organisationen gehören, die direkt oder indirekt mit Ausländern verbunden sind. Aber auch eine „ausländische Einflussnahme, einschließlich durch Zwang, Überredung und (oder) andere Mittel“ ist ausreichend. Wenn die Person, die der „Einflussnahme“ ausgesetzt ist, auch politisch tätig ist, kann man sagen, dass sie ein „ausländischer Agent“ ist. Die Teilnahme an Massenveranstaltungen auf der Straße, „Diskussionen und Reden“, Wahlbeobachtung, die Unterzeichnung kollektiver Briefe und Appelle an die Behörden (zu jedem Thema) sowie die „Verbreitung“ von Meinungen über die von den Behörden getroffenen Entscheidungen und verfolgte Politik in sozialen Netzwerken gelten ebenfalls als politische Aktivitäten.

Sorgen von Geschäftsleuten: Kommerzielle Organisationen, ob russische oder ausländische, können ebenfalls in das Register aufgenommen werden. Lediglich staatliche Unternehmen, staatliche Körperschaften, politische Parteien, Behörden aller Ebenen und "Personen unter ihrer Kontrolle" - natürliche oder juristische Personen, religiöse Organisationen, Konsulate und Vertretungen internationaler Organisationen in Russland - werden unter keinen Umständen als „ausländische Agenten“ gelistet. In der zweiten Lesung wurden die Arbeitgeberverbände und die Industrie- und Handelskammern in die Liste der Ausnahmen aufgenommen.

Einige Experten sind besorgt über die Aussichten für die russische Wissenschaft und Bildung, was die Einstellung ausländischer Fachleute und Lehrkräfte sowie das Verfassen öffentlicher Texte politischer oder unpolitischer Natur betrifft. Sie laufen nun Gefahr, als „ausländische Agenten“ gelistet zu werden, was die Wissenschaftler veranlassen könnte, das Land zu verlassen.

Im Allgemeinen dürfen „ausländische Agenten“ keine „staatliche finanzielle Unterstützung“ beanspruchen.

Die Einstufung als „ausländischer Agent“ hat besonders schmerzhaftes Folgen für Unternehmen. Es handelt sich dabei um eine Belastung des Rufs, zusätzliche Kosten im Zusammenhang mit einem besonderen Meldeverfahren an die zugelassenen Stellen und zusätzliche administrative Auswirkungen in Form einer besonderen Kontrolle (Aufsicht).

Die Risiken sind besonders hoch für Unternehmen in den hochtechnologischen Sektoren der russischen Wirtschaft.

<https://rtvi.com/news/v-spisok-popal-by-dazhe-mendeleev-pochemu-novyj-zakon-ob-inoagentah-raskritikovali-deputaty-i-pravozashhitniki/>

<https://www.mk.ru/politics/2022/06/28/novyj-zakon-ob-inoagentakh-udivil-formulirovkami-dazhe-deputatov.html>

**Wortlaut des Gesetzes:** <https://sozd.duma.gov.ru/bill/113045-8>

**Erläuterung zum Gesetz:** <http://duma.gov.ru/news/54760/>

-----

## **Pressefreiheit wird weiter eingeschränkt**

Das Unterhaus des russischen Parlaments hat die Pressefreiheit in dem Land weiter eingeschränkt, berichtet die „Zeit“. Ein in der Duma verabschiedetes Gesetz erlaubt es dem Generalstaatsanwalt und seinen Stellvertretern künftig, Arbeit von ausländischen Medien einzuschränken oder zu untersagen, wenn deren Regierungen russische Medien "unfreundlich" behandeln.

Das Gesetz erlaubt der Staatsanwaltschaft zudem die sofortige Suspendierung russischer Medien, wenn sie unerwünschte Informationen verbreiten. Dazu gehören Berichte, die als unwahr eingestuft werden, von "Respektlosigkeit" gegenüber Gesellschaft, dem Staat und seinen Institutionen zeugen oder zu Sanktionen gegen Russland sowie nicht erlaubten Protestaktionen aufrufen. Ein Gericht muss dafür nicht eingeschaltet werden. Ausländische Journalistinnen könnten nun auf Anordnung der Staatsanwaltschaft ihre Akkreditierung verlieren, meldete die Staatsagentur Ria Nowosti.

[Russland: Russisches Parlament schränkt Pressefreiheit weiter ein | ZEIT ONLINE](#)

Gesetz auf der Webseite der Duma:

[Принят закон о зеркальных ответных мерах на запрет российских СМИ за рубежом \(duma.gov.ru\)](http://duma.gov.ru)

## **Russische Sanktionen gegen Biden-Familie und US-Professoren**

Als Reaktion auf US-Sanktionen gegen russische Politiker und Persönlichkeiten veröffentlichte der Kreml eine neue Sanktionsliste mit 25 US-Bürger aus dem Kreis der dortigen Russland-Forschung sowie Senatoren und Mitglieder der Familie Biden. Unter den sanktionierten Personen ist auch der US-Politologe Francis Fukuyama, der Anfang der 1990er Jahre mit der These vom „Ende der Geschichte“ für Aufmerksamkeit gesorgt hatte. Hier die neue Namensliste:

[Заявление МИД России в связи с введением персональных санкций в отношении граждан США - Министерство иностранных дел Российской Федерации \(mid.ru\)](http://mid.ru)

Gleichzeitig verhängte Russland als Reaktion auf die von den kanadischen Behörden im Mai verhängten Sanktionen gegen die Führungsspitze russischer Unternehmen und deren Familienangehörige ein Reiseverbot gegen weitere 43 kanadische Staatsbürger, erklärte das russische Außenministerium. Bislang habe RUS gegen 701 kanadische Staatsbürger Beschränkungen verhängt.

**dpa:**

**[Wirtschaft: Moskau stellt in Kaliningrad-Streit Litauens Grenze in Frage \(handelsblatt.com\)](#)**

Wegen der Beschränkung des Transits in die russische Ostsee-Exklave Kaliningrad zwischen Litauen und Polen wird in Moskau nun die Rechtmäßigkeit der litauischen Grenze bestritten. "Im Grunde genommen hat Litauen damit seine eigenen Grenzen in Frage gestellt", sagte der Chef der russischen Raumfahrtagentur Roskosmos, Dmitri Rogosin, am Samstag im Staatsfernsehen. Der ungehinderte Transit sei Bedingung dafür, dass Russland die Grenzen der ehemaligen Sowjetrepublik Litauen anerkenne. "Litauen hat sich damit nicht nur ins Bein, sondern in den Kopf geschossen."

Das heutige EU-Land hatte vor einer Woche den Transit von Waren gestoppt, die auf der Sanktionsliste der EU stehen. Nach Angaben von Kaliningrads Gouverneur Anton Alichanow sind 40 bis 50 Prozent des Transits zwischen Kern-Russland und Kaliningrad betroffen. Unter anderem dürfen nun kein Zement, keine Baumaterialien oder Metalle mehr auf dem Landweg in die russische Ostseeregion gebracht werden. Russische Offizielle hatten deshalb bereits Gegenmaßnahmen angekündigt. So wurde der Ausschluss Litauens aus dem gemeinsamen Stromnetz vorgeschlagen.

Die nun angeregte Aufhebung des russisch-litauischen Vertrags über die Staatsgrenze würde eine Eskalation bedeuten. In russischen Talkshows werden seit Wochen Forderungen laut, einen „Korridor“ nach Kaliningrad zu erobern. Rogosin ist der erste hochgestellte russische Beamte, dessen Forderungen in diese Richtung gehen.

---

Weitere Meldungen zu Russland:

### **Koordinierung von Getreideexporten**

Die Türkei wird in Istanbul einem Medienbericht zufolge ein Operationszentrum zur Koordinierung der Getreideexporte aus der Ukraine einrichten. „Wir hoffen, dass die mit Getreide beladenen Schiffe so bald wie möglich auslaufen können“, erklärt Fahrettin Altun, Leiter des Verbindungsbüros der türkischen Präsidentsverwaltung. Seit Beginn des Ukraine-Konflikts haben die Vereinten Nationen wiederholt auf eine drohende globale Nahrungsmittelkrise aufgrund der Blockade der ukrainischen Schwarzmeerhäfen hingewiesen.

---

### **Dashboard zu Russland-Sanktionen**

Das Atlantic Council hat eine neue Übersicht mit zahlreichen Grafiken zu den Russland- (und China-)Sanktionen veröffentlicht. Darin geht es unter anderem auch um eine Bewertung eines möglichen Zahlungsausfalls Russlands und seiner Folgen.

Zur Einschätzung der bisherigen Sanktionswirkung auf Unternehmen schreibt das Atlantic Council: „Neben der Einhaltung der von der Regierung verhängten Russland-Sanktionen haben zahlreiche Privatunternehmen beschlossen, sich selbst zu „sanktionieren“, indem sie ihre Geschäftstätigkeit einstellen oder sich ganz vom russischen Markt zurückziehen. So hat sich beispielsweise BP vom russischen Markt zurückgezogen und einen Verlust von 25 Milliarden Dollar erlitten, nachdem es seinen 20-prozentigen Anteil an der staatlichen Rosneft abgeschrieben hatte. In ähnlicher Weise hat der Rückzug von Shell aus allen russischen Kohlenwasserstoffgeschäften das Unternehmen rund 5 Milliarden Dollar gekostet. Ungeachtet der Kosten, die mit dem Ausstieg aus dem russischen Markt verbunden sind, ziehen es westliche Unternehmen vor, die Kosten jetzt zu tragen, anstatt auf dem Markt zu bleiben und sich erheblichen Reputations- und Sanktionsrisiken auszusetzen. Da die USA und ihre Verbündeten keine Anzeichen für ein Nachlassen der Russland-Sanktionen erkennen lassen, rechnen wir in nächster Zeit nicht mit einer Welle von Reinvestitionen westlicher Unternehmen.“

[Global Sanctions Dashboard: Russia default and China secondary sanctions - Atlantic Council](#)

-----

#### **AEB: Sanktionsübersicht**

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland und FAQ finden Sie auf dieser der Internetseite der AEB:

[News \(aebus.ru\)](#)

-----

#### **AHK Belarus Krisenhotline**

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 07.00 bis 21.00 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar

## 5. Sanktionen der USA

### US-Sanktionen gegen fast 100 weitere russische Ziele

Das Office of Foreign Assets Control (OFAC) des US-Finanzministeriums hat am 29. Juni nach eigenen Angaben 70 Unternehmen, von denen viele für die industrielle Verteidigungsbasis der Russischen Föderation von entscheidender Bedeutung sind, einschließlich der staatlichen Korporation Rostec, dem Eckpfeiler der russischen Verteidigungs-, Industrie-, Technologie- und Produktionssektoren, sowie 29 russische Einzelpersonen sanktioniert. Auch die United Aircraft Corporation und der LKW-Bauer Kamaz seien betroffen. Nach Einschätzung russischer Medien könnten die Sanktionen auch den Rückgriff auf Komponenten chinesischer Produktion erschweren. Die Maßnahmen, die gemäß den Executive Orders (E.O.s) 14024 und 14065 ergriffen wurden, treffen laut Pressemitteilung des OFAC „den Kern von Russlands Fähigkeit, Waffen und Technologien zu entwickeln und einzusetzen, die für Wladimir Putins brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine verwendet wurden“.

„Wir bekräftigen noch einmal unsere Entschlossenheit, mit unseren Partnern und Verbündeten zusammenzuarbeiten, um als Reaktion auf Russlands Krieg gegen die Ukraine weitere strenge Sanktionen zu verhängen“, sagte Finanzministerin Janet L. Yellen. „Umfassende multilaterale Verpflichtungen und Maßnahmen der G7-Mitglieder in dieser Woche haben den Zugang der Russischen Föderation zu Technologien, die für ihr Militär von entscheidender Bedeutung sind, weiter abgeschnitten. Wenn die russische Rüstungsindustrie ins Visier genommen wird, wird dies Putins Fähigkeiten beeinträchtigen und seinen Krieg gegen die Ukraine weiter erschweren, der bereits von schlechter Moral, unterbrochenen Versorgungsketten und logistischen Ausfällen geplagt ist.“

Die Sanktionen erfolgten gemeinsam mit dem US-Außenministerium, das weitere 45 Einrichtungen und 29 Personen mit Sanktionen belegt hat. Zu den Maßnahmen des Außenministeriums gehören die Sanktionierung von Militäreinheiten der Russischen Föderation und weitere Sanktionen gegen den russischen Föderalen Sicherheitsdienst (FSB), die mutmaßlich in Menschenrechtsverletzungen oder Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht in der Ukraine verwickelt sind. Das Außenministerium kündigte außerdem Schritte zur Verhängung von Visabeschränkungen für Beamte an, von denen angenommen wird, dass sie die Souveränität der Ukraine bedrohen oder verletzen.

Gleichzeitig verbot das OFAC die Einfuhr von russischem Gold in die Vereinigten Staaten, und das Financial Crimes Enforcement Network (FinCEN) des US-Finanzministeriums gab eine gemeinsame Warnung mit dem Bureau of Industry and Security des US-Handelsministeriums heraus, in der zur Wachsamkeit gegenüber russischen und belarussischen Umgehungen der Ausfuhrkontrolle geraten wird. Finanzinstitute und der Privatsektor spielen weiterhin eine Schlüsselrolle bei der Unterbrechung der russischen Bemühungen, wichtige Güter und Technologien zur Unterstützung seiner Kriegsanstrengungen zu erwerben.

Pressemitteilung:

[U.S. Treasury Sanctions Nearly 100 Targets in Putin's War Machine, Prohibits Russian Gold Imports | U.S. Department of the Treasury](#)

-----

## Neue General Licenses

Gleichzeitig mit den neuen Sanktionen wurden die General Licenses 39 bis 42 veröffentlicht. Übersicht zu allen Maßnahmen vom 29. Juni und FAQ:

[Russia-Related Designations and Designations Updates; Issuance of Russia-Related General Licenses and Related Frequently Asked Questions | U.S. Department of the Treasury](#)

Die Ausnahmegenehmigungen für Rostec werden in der russischen Presse folgendermaßen eingeordnet:

Die Verschiebung der Frist für den Abschluss von Verträgen mit dem Staatskonzern Rostec, Nefaz und dem Motorenwerk Tutaev durch die USA könnte dazu dienen, die europäischen Landwirte zuverlässig mit Komponenten zu versorgen, so der Experte von SBS Consulting, Dmitry Babansky, in einem Kommentar für die Iswestija am 28. Juni.

„Ich gehe davon aus, dass Ausnahmeregelungen für die Lieferung von Bauteilen und Materialien (z.B. für Landwirte) hätten getroffen werden können, um eine zuverlässige Versorgung der europäischen Landwirte mit Bauteilen zu gewährleisten“, so der Experte.

Babansky erinnerte auch daran, dass das Tutaev-Motorenwerk Motoren für den Kirovets-Traktor herstellt, der vom Petersburger Traktorenwerk (PTZ) produziert wird. PTZ seinerseits hat in den letzten Jahren seine Lieferungen auf internationale Märkte, einschließlich "unfreundlicher Länder", aktiv erhöht.

„Die Iswestija hat eine Anfrage an den Pressedienst von Rostec geschickt.

Am 15. Juni sagte Sergej Tschemesow, der Leiter von Rostec, eine weitere Angleichung der Beziehungen Russlands zu seinen Partnern voraus. Er sagte, dass Russland trotz des Verrats durch westliche Länder nicht auf internationale Partner in der ganzen Welt verzichten werde und dass die Entwicklung des Landes in Abstimmung mit anderen Staaten erfolgen müsse.

Am 14. Juni äußerte sich Kreml-Sprecher Dmitri Peskow zu den Plänen Russlands, auf die neuen Herausforderungen zu reagieren, die sich aus den Versuchen des Westens ergeben, das Land zu isolieren, dass die Souveränität Russlands nicht gleichbedeutend mit seiner Isolation sei. Ihm zufolge wird Russland trotz des von den westlichen Ländern angezettelten Wirtschaftskriegs verschiedene Formen der Integration mit befreundeten Ländern beibehalten, den Handels- und Investitionsaustausch fortsetzen und neue "neurale Netzwerke" für Handel und Produktion schaffen.

[Эксперт назвал возможные причины послабления санкций для предприятий «Ростеха» | Новости экономики | Известия | 29.06.2022 \(iz.ru\)](#)



---

## **Sanktionen gegen Suleiman Kerimov angekündigt**

Das US-Finanzministerium gab am Donnerstag bekannt, dass es mehr als 1 Milliarde Dollar einfriert, die ein russischer Oligarch in einem Trust mit Sitz in Delaware versteckt hat und damit gegen amerikanisches Recht verstößt, da die Regierung Biden als Reaktion auf die Invasion in der Ukraine gegen die Kreml-Elite vorgehen will.

Die Gelder Kerimovs, die von dem in Delaware ansässigen Heritage Trust gehalten werden, gehören zu den größten Vermögenswerten eines russischen Oligarchen, die von der US-Regierung seit Beginn des Krieges eingefroren wurden.

Hochrangige Beamte des Finanzministeriums erklärten am Donnerstag gegenüber Reportern, dass die Sanktionen gegen Kerimovs Treuhandgesellschaft ungewöhnlich seien, sowohl wegen der Höhe des involvierten Geldes als auch wegen der Komplexität der rechtlichen Struktur, die zum Verstecken des Vermögens verwendet wurde. Die Gelder gelangten über zwei ausländische Unternehmen, die von Kerimov kontrolliert wurden, in das US-Finanzsystem, bevor die Sanktionen gegen ihn verhängt wurden, und wurden anschließend in "Schichten" von US-Mantelgesellschaften und anderen Finanzunternehmen investiert, um Kerimovs Anteil an den Vermögenswerten zu verbergen.

[U.S. freezes \\$1 billion of Russian oligarch's assets held in Delaware - The Washington Post](#)

---

## **Neue Analyse der SWP zur US-Politik zu Russland**

Unter dem Titel „Bidens Balanceact – die Ukraine stärken, Krieg mit Russland vermeiden“, hat die Stiftung Wissenschaft und Politik eine neue Analyse zur US-Politik vorgelegt. In der Zusammenfassung heißt es dazu:

„In einem Beitrag für die »New York Times« vom 31. Mai 2022 benannte Präsident Joe Biden klarer denn je die Ziele der USA im Ukraine-Krieg: »eine demokratische, unabhängige, souveräne und prosperierende Ukraine, die die Mittel zur Abschreckung und Verteidigung gegen eine weitere Aggression besitzt«. Washington unterstütze die Ukraine mit Waffen, damit sie in Verhandlungen die stärkstmögliche Position habe, so Biden. Der Sturz Putins sei nicht Ziel der amerikanischen Politik. Und solange die USA oder Verbündete nicht angegriffen würden, werde es zu keiner direkten Beteiligung an dem Konflikt kommen, also zu keiner Entsendung eigener Truppen und zu keinen amerikanischen Angriffen auf russische Kräfte. Die USA, so Biden, würden die Ukraine weder zu Militärschlägen jenseits ihrer Grenzen »ermutigen« noch sie dazu »befähigen«. Es sei nicht Amerikas Absicht, den Krieg zu verlängern, um Russland »Schmerz« zuzufügen. Washington hat die Lieferung von Mehrfachraketenwerfern an die Bedingung geknüpft, dass die Ukraine damit keine Ziele auf russischem Territorium angreift. Dies zeigt den Balanceact, vor dem Biden bei seinen Entscheidungen steht.“

[Bidens Balanceact – die Ukraine stärken, Krieg mit Russland vermeiden - Stiftung Wissenschaft und Politik \(swp-berlin.org\)](#)

## 6. Sanktionen weiterer Länder

### Großbritannien

#### Neue Sanktionen gegen Oligarchen

Großbritannien hat am 29. Juni seine Sanktionsliste um weitere russische natürliche und juristische Personen erweitert. Betroffen sind etwa

- Oligarch Wladimir Potanin, Chef der Interros-Holding
- Unternehmer und Milliardär Said Guzerijew
- Ruslan Baisarow, Vorstandsvorsitzender von Bamtonnelstroy-Most
- Ivan Tyryshkin, Vorstandsvorsitzender und Anteilseigner von SPB Exchange, der ersten lizenzierten Börse Russlands
- Moskauer Industriebank
- Kohleproduzent Kolmar samt Haupteigentümerin Anna Ziwiljowa, geborene Putina,
- Bankensoftware-Entwickler R-Style Softlab
- Nowyje wosmoshnosti AO – New Opportunities AG, die einige Vermögenswerte der sanktionierten Sberbank übernommen hat, wie die Streaming-Dienste Swuk, Okko, Okko Sport, SberCloud, Evotor und Speech Technology Center.

Die Beschränkungen umfassen ein Einreiseverbot in das Vereinigte Königreich, zudem werden sämtliche Vermögenswerte im Land eingefroren.

[NTE 2022/18: introduction of additional sanctions against Russia - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/government/news/note-2022-18-introduction-of-additional-sanctions-against-russia)

#### Kampf gegen illegale Finanzströme über London – Report verlangt Anpassungen und Überprüfung der „Goldenen Visa“

Der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten des britischen Parlaments veröffentlichte jetzt den Bericht „The Cost of Complacency: illicit finance and the war in Ukraine“. Der Ausschuss fordert die Regierung auf, jetzt zu handeln, während die Sanktionen gegen Russland in Kraft sind, um den Fluss illegaler Finanzen durch London zu bekämpfen.

Der Ausschuss stellt fest, dass die Rhetorik der Regierung, "hart durchzugreifen", bisher nicht mit konstruktiven Maßnahmen einhergegangen ist. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass die mangelnde Bereitschaft der Regierung, Gesetze zur Eindämmung des russischen Geldflusses vorzulegen, direkt dazu beigetragen hat, dass das Vereinigte Königreich als sicherer Hafen für korruptes Vermögen gilt. Es sei „beschämend, dass es einen Krieg gebraucht hat, um die Regierung zum Handeln zu bewegen“.

Sanktionen gegen Oligarchen und diejenigen, die die russische Regierung unterstützen oder von ihr profitieren, seien nicht ausreichend. Der Ausschuss fordert, dass geprüft wird, ob eine Strafverfolgung möglich ist und ob Strafverfahren aufgebaut werden können. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass die Rechtsvorschriften zur Bekämpfung von Mittätern verschärft werden sollten.

Der Ausschuss fordert die Regierung auf, ihre lang erwartete Überprüfung des Tier-1-Investorenvisums zu veröffentlichen. Die Regierung sollte auch erklären, welche Maßnahmen in Bezug auf diejenigen ergriffen werden, die ein Visum ohne gebührende Sorgfalt erhalten haben, insbesondere diejenigen, die jetzt eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung oder die britische Staatsbürgerschaft besitzen, und welche Maßnahmen sie gegen diejenigen ergriffen hat, die sie als ein Risiko für die nationale Sicherheit betrachtet.

Der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Tom Tugendhat, MP, sagte:

""Schmutziges Geld bringt Korruption in unsere Häuser und bringt unsere Institutionen gegen uns auf. Es greift unsere Gesellschaft und unsere Sicherheit an. Viel zu lange haben aufeinanderfolgende Regierungen zugelassen, dass bösartige Akteure und Kleptokraten ihr schmutziges Geld im Londoner 'Waschsalon' waschen konnten. Die Nachlässigkeit hat korruptem Reichtum Tür und Tor geöffnet, und moralisch bankrotte Milliardäre nutzen das Vereinigte Königreich als Tresorfach.

...

Es sind nicht nur unsere Finanzgesetze, die überarbeitet werden müssen. Tier-1-Visa waren goldene Eintrittskarten für wohlhabende Investoren, die sich damit den Zugang zum Vereinigten Königreich erkaufen konnten. Die Regierung muss ihre Sorgfaltspflicht erfüllen und alle Personen, die ein Visum beantragen, überprüfen, unabhängig von der Höhe ihres Bankkontos.

["Morally bankrupt billionaires using the UK as a safe deposit box" - Committees - UK Parliament](#)

[The cost of complacency: illicit finance and the war in Ukraine - Foreign Affairs Committee \(parliament.uk\)](#)

## **Großbritannien/ Japan / Kanada**

Sanktionen gegen russischen Goldhandel

Das Vereinigte Königreich, die USA, Kanada und Japan haben anlässlich des G7-Gipfels ein Einfuhrverbot für russisches Gold angekündigt. Der Export von Gold soll für die russische Wirtschaft im Jahr 2021 einen Wert von 12,6 Milliarden Pfund gehabt haben. Nach Angaben des Vereinigten Königreichs gilt das Verbot für neu abgebautes oder raffiniertes Gold und hat keine Auswirkungen auf Gold russischen Ursprungs, das zuvor aus Russland ausgeführt wurde.

[FACT SHEET: The United States and G7 to Take Further Action to Support Ukraine and Hold the Russian Federation Accountable | The White House](#)

## Kanada

### Sanktionen gegen sechs Personen und 46 Unternehmen

Der kanadische Premierminister Trudeau hat laut russischen Medienberichten angekündigt, dass sein Land neue anti-russische Sanktionen einführen werde, die sich gegen sechs Personen und 46 Unternehmen richten, die mit der russischen Verteidigungsindustrie verbunden seien.

Bei den Personen handelt es sich um

- Adam Delimchanow, Staatsduma-Abgeordneter
- Michail Osejewskij, Präsident von Rostelecom
- Michail Polubojarinow, Direktor von Aeroflot
- Sergej Markow, Politikwissenschaftler
- Sergej Pachomow, Staatsduma-Abgeordneter
- Denis Popov, Staatsanwalt des Moskauer Zentralbezirkes

Sanktioniert würden zudem staatlich geförderten Desinformations- und Propagandaagenturen und -organisationen.

Spitzentechnologie, die der russischen Rüstungsindustrie zugutekommen könnte, darf ebenfalls nicht mehr exportiert werden. Verboten ist etwa die Ausfuhr von Quantencomputern und hochmodernen Fertigungsanlagen sowie Software

[Regulations Amending the Special Economic Measures \(Russia\) Regulations \(international.gc.ca\)](https://international.gc.ca/regulations/eng/13001/regulations/2022-01-14)

Auch gegen Belarus verhängte Kanada neue Sanktionen:

[Canadian Sanctions Related to Belarus \(international.gc.ca\)](https://international.gc.ca/sanctions/eng/13001/sanctions/2022-01-14)

## Norwegen

### [Berliner Zeitung](#)

#### Russland droht Norwegen wegen angeblicher Blockade (BZ)

Norwegen ist kein EU-Mitglied, setzt aber die Sanktionen gegen Russland um. Russland will sich nun gegen die Blockade der Versorgung von Spitzbergen wehren.

Russland hat Norwegen mit nicht näher beschriebenen Vergeltungsmaßnahmen gedroht, wenn es die Versorgung einer russischen Siedlung auf Spitzbergen nicht ermöglicht. Hintergrund sei eine angebliche Blockade, die russische Bergarbeiter in der Region betrifft. Der norwegische Vertreter in Moskau sei deshalb ins Außenministerium einbestellt worden, erklärte das Ministerium am Mittwoch. „Wir haben betont, dass unfreundliche Handlungen gegenüber Russland zu Vergeltungsmaßnahmen führen“, hieß es.

Demnach unterband Norwegen am Landgrenzübergang Storskog unter Verweis auf EU-Sanktionen wegen des russischen Militäreinsatzes in der Ukraine die Verladung einer für Spitzbergen bestimmten Schiffslieferung. Nach Angaben des russischen Konsuls auf der arktischen Inselgruppe, Sergej Guschtschin, geht es um 20 Tonnen Güter, davon sieben

Tonnen Lebensmittel sowie Ersatzteile und wichtige Winterausrüstung. „Ich denke, dass Norwegen nicht gut nachgedacht hat, als es sich den EU-Sanktionen anschloss“, sagte Guschtschin.

Die Inselgruppe Spitzbergen gehört zu Norwegen. Ein 1920 in Paris geschlossener Völkerrechtsvertrag räumt allerdings einer Reihe von Ländern, darunter Russland, das Recht ein, dort Rohstoffe abzubauen. Russland und vorher die Sowjetunion fördert dort deshalb seit Jahrzehnten Kohle. Der stellvertretende Vorsitzende des russischen Oberhauses, Konstantin Kossatschew, warf Norwegen vor, den Vertrag von Paris zu verletzen und das Wohlergehen der russischen Bergleute zu gefährden.

### **Russische Hacker greifen angeblich norwegische Online-Dienste an**

Wenige Stunden nach der Mitteilung wurde bekannt, dass die Dienste von mehreren norwegischen Unternehmen und Behörden von einem Cyber-Angriff lahmgelegt wurden. Wie die norwegische Sicherheitsbehörde NSM am Mittwoch mitteilte, waren mehrere für die Bevölkerung wichtige Webseiten und Online-Dienste in den vergangenen 24 Stunden unzugänglich.

## 7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)

### Hotelgruppe verlässt Russland

Der Eigentümer des britischen Konzerns InterContinental Hotels Group (IHG), zu dem die Hotelketten Holiday Inn und Crowne Plaza gehören, hat seinen endgültigen Rückzug aus Russland angekündigt. „Aufgrund der sich ändernden Sanktionsregelungen [...] sowie der anhaltenden und zunehmenden operativen Herausforderungen in Russland stellen wir nun alle Aktivitäten in diesem Land ein“, heißt es in einer offiziellen Erklärung. Im März hatte IHG bereits alle Investitionen und Entwicklungsaktivitäten in Russland ausgesetzt. Laut russischen Medien betreibt IHG in Russland 29 Hotels mit insgesamt 6.600 Zimmern.

[Владелец InterContinental и Holiday Inn объявил об уходе из России — РБК \(rbc.ru\)](#)

-----

### Michelin kehrt Russland den Rücken

Der französische Reifenhersteller Michelin will sich bis zum Jahresende vollständig aus Russland zurückziehen. Alle Aktivitäten dort sollten übergeben werden, heißt es in einer gestrigen Mitteilung des Konzerns. Es werde überlegt, Administration, Verkauf und den Industriebetrieb an das aktuelle örtliche Management in Russland zu übertragen. Begründet wird der Schritt damit, dass es technisch nicht mehr möglich sei, die Produktion wieder aufzunehmen, vor allem wegen Problemen in der Lieferkette. Michelin hatte seine Geschäfte in Russland sowie den Export dorthin Mitte März ausgesetzt.

[Michelin передаст российский бизнес в управление местному руководству — РБК \(rbc.ru\)](#)

-----

### [Financial Times](#)

**Seized Gazprom division to keep paying bonuses after €10bn German bailout**

**New boss says rebranded company is ‘back in town, ready to resume our business’**

The Gazprom unit that was seized by the German government in April and given a €10bn taxpayer bailout will continue to pay bonuses to its gas traders, its new managing director has said.

Egbert Laege told the Financial Times that Securing Energy for Europe, previously known as Gazprom Germania, was “back in town, ready to resume our business” after receiving the loan from German state development bank KfW.

Berlin seized control of Gazprom Germania and its subsidiaries in early April, several weeks after Russia invaded Ukraine, placing them under the trusteeship of the country's federal energy regulator, the BNA.

Sefe owns a number of gas storage facilities in Germany including the country's largest, Rehden, as well as the Wingas distribution company that supplies big industrial consumers, and UK trading division Gazprom Marketing & Trading, which is also set to be rebranded.

Russia struck back in May by cutting the volume of gas it supplies to the company, forcing it to buy in the spot market instead, often at higher prices, and plunging GG into a financial crisis.

The German government this month stepped in with its loan to save the company from insolvency and extended the BNA's trusteeship beyond its previous cut-off point of September this year.

Laege said the loan had provided Sefe with much-needed liquidity and was helping it pay for the more expensive gas it was procuring.

He said his immediate goal as the head of Sefe was to secure the critical infrastructure under the company's control to "ensure security of supply" for Germany, as well as to stabilise the company's finances.

He added that the company had good long-term prospects based on the "unique capabilities" of its staff, particularly their experience of trading and portfolio management, and its control of infrastructure that could become the "backbone of a transformed energy system".

Gazprom has been accused of contributing to a squeeze on Europe's gas supplies even before the invasion of Ukraine, after the company left the Gazprom Germania storage facilities in Germany and Austria practically empty ahead of last winter.

Laege said thanks to the KfW loan, GM&T "will now be able to start trading again". He said many of its counterparties were "coming back to . . . us" and new ones were also appearing. "We take this as an encouraging sign that business is picking up," he said. "We're back on the GM&T side and back on the retail side, both in the UK and Germany," he said.

London-based GM&T is a big trader of gas, liquefied natural gas and power, buying from sources including Norway and the North Sea and selling worldwide.

The average salary at GM&T was £127,000 a year in 2020, according to accounts filed in the UK, including administrative staff. Top traders at the company can at times receive millions of pounds in bonuses, according to one person close to the company.

Laege said there were no plans to change the existing pay structure. The company declined to comment on the size of trader bonuses.

GM&T's subsidiary Gazprom Energy is the biggest supplier of gas to business in the UK, providing more than a fifth of that used by British companies, making it a crucial part of the country's energy system.

Gazprom Energy, which has 30,000 corporate customers, came under pressure in recent months as companies such as Siemens and McDonald's said they would try to withdraw from their contracts, and NHS trusts and local authorities were encouraged to find new suppliers.

The UK government had been on standby to put the company into "special administration", a de facto nationalisation where it would have been kept as a going concern with taxpayer support.

Using German taxpayer money to pay bonuses to UK-based gas traders could prove controversial. Asked whether there might be adverse reaction from the German public, Laege said "German taxpayers have two interests — security of supply and making sure the money given to the company is [well-managed] and paid back some time."

Asked why Sefc hadn't tried to spin off its trading subsidiaries while maintaining control over the critical infrastructure assets, Laege said it was limited in its ability to restructure itself by the terms of its arrangement with the BNA. "Under the trusteeship that we have right now, there are strong limitations on breaking up the company," he said.

Laege declined to comment on fears expressed by some in the industry that Sefc's technology may be compromised because it was set up by Russian government security experts. "Fear is a bad adviser," he said.

While he was "confident" that Germany could fill its gas storage to 90 per cent capacity as mandated by a new law, he said that should supplies from Russia continue to be curtailed, "it will be very very difficult to achieve that target".

The Rehden storage facility is still only 17 per cent full.

-----

### [Kommersant](#)

**Die USA haben Russland bei den Gaslieferungen nach Europa zum ersten Mal überholt**

**Die LNG-Exporte aus den USA in die Europäische Union übertrafen Ende Juni leicht die Exporte von Gazprom, wie der Leiter der Internationalen Energieagentur (IEA) Fatih Birol auf Twitter mitteilte. Er fügte hinzu, dass die EU-Länder darauf hinarbeiten sollten, die Gasnachfrage angesichts der rückläufigen russischen Gaslieferungen zu senken.**

"Die jüngsten Schritte Russlands, die Gaslieferungen an die EU zu kürzen, bedeuten, dass die EU zum ersten Mal in der Geschichte mehr Flüssiggas aus den USA importiert hat als über Pipelines aus Russland. Geringere Lieferungen aus Russland erfordern Bemühungen der EU,



die Nachfrage zu senken, um sich auf einen strengen Winter vorzubereiten", schrieb Fatih Birol. Er gab nicht genau an, wie viel Gas Russland und die USA nach Europa geliefert haben.

Am 16. Juni hat Gazprom die über Nord Stream transportierte Gasmenge um 40 Prozent reduziert. Das Unternehmen begründete diesen Schritt mit den Schwierigkeiten bei der Reparatur von Geräten aufgrund der Sanktionen. Die deutschen Behörden haben inzwischen einen zweiten, vorletzten Gasnotfallplan aufgestellt. Das Land befürchtet, dass sich die Energiepreise verdreifachen und eine Reihe von Industrien zum Erliegen kommen werden, wenn die Lieferungen im Juli nicht wieder aufgenommen werden. Im März sagten die USA zu, in diesem Jahr 15 Mrd. Kubikmeter Flüssiggas nach Europa zu liefern, um die Abhängigkeit der EU von russischer Energie zu verringern. Ende 2021 wird Russland die EU über Pipelines mit 150 Mrd. Kubikmetern Gas und weiteren 14-18 Mrd. Kubikmetern LNG beliefert haben.

-----

### [Bayerischer Rundfunk](#)

#### **Wartung von Nord Stream 1: Sorge vor Gas-Blockade**

**Die Bundesregierung, Unternehmen und Verbände blicken mit Sorge auf die ab 11. Juli geplante Wartung von Nord Stream 1. Es wird befürchtet, dass bald gar kein Gas mehr aus der Leitung kommt. Dies würde die Lage noch einmal deutlich verschärfen.**

Gas ist bereits jetzt ein "knappes Gut" in Deutschland, bald könnte aber noch deutlich weniger zur Verfügung stehen. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) befürchtet ein vollständiges Ausbleiben russischer Gaslieferungen durch die Ostsee-Gaspipeline Nord Stream. Es drohe ab dem 11. Juli "eine Blockade von Nord Stream 1 insgesamt", sagte der Minister bei einem "Nachhaltigkeitsgipfel" der "Süddeutschen Zeitung". Der russische Gazprom-Konzern will die Doppelröhre vom 11. bis zum 21. Juli der alljährlichen Untersuchung unterziehen. In dieser Zeit strömt kein Gas durch die Pipeline nach Deutschland.

Aber: "Aus den Äußerungen Gazproms entnehmen wir, das im Abschluss der Gastransport wieder aufgenommen werden soll", heißt es vom Bundeswirtschaftsministerium gegenüber BR24. "Wir spekulieren hier nicht, aber wir beobachten die Lage täglich aufs Neue und sehr genau und stehen in ständigem Kontakt mit der Bundesnetzagentur und damit den Unternehmen der Gaswirtschaft."

#### **Habeck befürchtet vorgeschobene Gründe für Gas-Blockade**

Nach dem Muster, dass man gesehen habe, wäre es nicht "superüberraschend", wenn irgendein kleines Teil gefunden werde, befürchtet Habeck. "Und dann sagt man: Ja, das können wir halt nicht wieder anmachen, jetzt haben wir bei der Wartung irgendwas gefunden und das war's dann. Also insofern ist die Situation durchaus angespannt." In Bezug auf den kommenden Winter sagte der Minister: "Es kann wirklich problematisch werden." Die Gasversorgung über den Sommer sei aber gewährleistet. Gazprom lehnte einen Kommentar zu seinen Wartungsplänen ab.

## **Wartungsarbeiten immer im Sommer**

Die Wartung an sich sei "erstmal nichts Ungewöhnliches und notwendig", um die hohen Sicherheitsstandards zu halten, sagte Timm Kehler, Vorstand des Branchenverbands "Zukunft Gas", zu BR24. Die Arbeiten fänden jedes Jahr im Juli statt, wenn im Gegensatz zum Winter weniger Gas verbraucht werde. "Möglich sind die Szenarien, dass die Mengen durch andere Pipelinerouten ausgeglichen werden oder schlichtweg ausbleiben", so Kehler. Dies hätte Folgen für den Winter: "Jeder fehlende Kubikmeter Gas führt auf dem aktuellen angespannten Gasmarkt zu einer Verzögerung der Füllung der Gasspeicher."

Normalerweise wird während der Wartung der Pipeline zusätzliches Gas über andere Pipelines aus Russland und auch aus anderen Ländern wie Norwegen transportiert, sodass es zu keiner Unterversorgung kommt. Ob dies derzeit möglich ist, ist unklar....

## 8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft - Beteiligungsmöglichkeiten

### Wiederaufbaukonferenz in Lugano am 4. und 5. Juli

Im schweizerischen Lugano beginnt am Montag eine internationale Wiederaufbaukonferenz für die Ukraine. Erwartet werden mindestens acht Staats- und Regierungschefs, unter anderem aus Polen, Tschechien und Litauen, dazu mindestens 15 Ministerinnen und Minister. Auch EU-Chefin Ursula von der Leyen (63) kommt persönlich. Der ukrainische Präsident Wolodimir Selenski (44) wird virtuell zugeschaltet. Von Seiten der Bundesregierung ist die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Svenja Schulze Delegationsleiterin. Auch Ost-Ausschuss-Regionaldirektor Stefan Kaegebein wird an der Konferenz teilnehmen. Zu den Ergebnissen der Wiederaufbaukonferenz bietet der Ost-Ausschuss am Freitag, 8. Juli, ab 10 Uhr ein Debriefing an. Bei Interesse an einer Teilnahme wenden Sie sich bitte an Stefan Kaegebein, [s.kaegebein@oa-ev.de](mailto:s.kaegebein@oa-ev.de)

Hier ein Vorabbericht zur Konferenz in Lugano:

#### [Euractiv](#)

#### **Ukraine reconstruction: what to expect from Lugano meet**

**Leaders from dozens of countries and international organisations will gather in Switzerland next week to discuss rebuilding Ukraine, with the aim of providing a “Marshall Plan” for the war-ravaged country.**

The conference, held in the southern Swiss city of Lugano from 4 to 5 July, will seek to lay the foundations for the reconstruction of Ukraine, presenting the priorities for the rebuilding process, aimed to start even as Russia’s war in Ukraine continues to rage [more].

Here are some of the expectations for the conference:

#### **The event**

The conference had been planned well before Russia launched its full-scale invasion on 24 February, and had originally been slated to discuss reforms in Ukraine before being repurposed for war reconstruction.

It will give Kyiv the chance to share its recovery plan and discuss with countries, organisations and the private sector how to best address the towering challenges ahead.

While not a donor conference, it will underline the broad international support for Ukraine’s reconstruction process, organisers said.

“Lugano will be one of the first, and maybe the first platform on recovery of Ukraine,... the roadmap,” Kyiv’s ambassador in Bern Artem Rybchenko said Thursday.

The conference is expected to conclude with a joint statement: The Lugano Declaration.

### **Who is coming?**

Ukrainian President Volodymyr Zelenskyy had initially been scheduled to come and co-host the event alongside his Swiss counterpart Ignazio Cassis, but he will now participate virtually instead.

But Prime Minister Denys Shmyhal will head a large Ukrainian delegation of around 100 people in total, Rybchenko told reporters Thursday.

In addition to Shmyhal, Ukraine's top diplomat Dmytro Kuleba and five other government ministers will be present in Lugano, as will the speaker of parliament and a number of MPs and regional leaders.

High-level delegations from 37 other countries and 14 international organisations have also been invited to attend.

European Commission President Ursula von der Leyen will be there, as will the heads of eight governments, including from Poland, Lithuania and the Czech Republic, holding the rotating presidency of the Council of the EU.

### **Recovery and development plan**

The conference aspires to emulate the wildly successful Marshall Plan, a US initiative that in 1948 began pumping vast sums in foreign aid into Western Europe to help the continent rebuild and recover after World War II.

Rebuilding Ukraine, which four months into the war has already seen devastating destruction, is expected to cost hundreds of billions of dollars.

Simon Pidoux, the Swiss ambassador in charge of the conference, said that it was too early to try to estimate all the needs, but said Lugano should help provide "a compass" for the work ahead.

"I think the effort will last for years if not decades," he said.

The plan will lay out reconstruction needs in terms of damaged and destroyed infrastructure, Ukraine's devastated economy, and also environmental and social recovery needs.

Corruption, digital democracy

Ukraine will also face demands for broad reforms, especially in cracking down on corruption.

The former Soviet state has long been ranked among the world's most corrupt countries by Transparency International. In Europe, only Russia and Azerbaijan ranked worse.

Zelensky will meanwhile present his vision for a “smart recovery” during the conference, including plans to rebuild Ukraine as a fully digital democracy.

### **Setting and security**

The event will take place in the picturesque city of Lugano, in Switzerland’s Italian-speaking Ticino region.

Set on the shores of a glacial lake that bears its name and surrounded by majestic, snow-capped mountains, Lugano is a favoured destination for wealthy Russians, including reportedly President Vladimir Putin’s alleged girlfriend Alina Kabaeva.

Swiss and regional authorities have said tight security measures will be in place, with airspace restrictions and the national government sending in 1,600 military personnel to assist regional police forces.

Lugano hosted an important League of Nations meeting in 1928, while the neighbouring town was the setting for the 1925 Locarno Treaties.

Those had, not very successfully, sought to set out a territorial settlement after World War I and ensure that Germany would never again go to war.

Ticino’s regional government chief Norman Gobbi voiced optimism that the Ukraine Recovery Conference would be more successful.

“This is our small contribution to... European security, and thus our own,” he told reporters.

-----

### **[Der Spiegel](#)**

#### **Ukraine exportiert ihren Atomstrom in die EU**

**Während Deutschland händeringend neue Energiequellen sucht, könnte ausgerechnet Atomstrom aus der Ukraine die Lage hierzulande etwas mildern. Das Land hat nun mit der Ausfuhr der Energie in die EU begonnen.**

Die Ukraine war Mitte März an das europäische Stromnetz angeschlossen worden. Nun hat das Land nach Angaben von Präsident Wolodymyr Selenskyj auch damit begonnen, Strom in die EU zu exportieren.

»Eine wichtige Etappe unserer Annäherung an die Europäische Union wurde erreicht«, sagte Selenskyj am Donnerstagabend in einer Videobotschaft. Die Ukraine »hat begonnen, über Rumänien in bedeutendem Maße Strom in das Territorium der EU zu exportieren.« Das sei »nur die erste Etappe. Wir bereiten eine Erhöhung der Lieferungen vor.«

»Ukrainischer Strom kann einen bedeutenden Teil des von den Europäern verbrauchten russischen Gases ersetzen«, sagte Präsident Selenskyj. »Es geht nicht nur um Exporteinnahmen für uns, es ist eine Frage der Sicherheit für ganz Europa.«

-----

### **Neuer-Ukraine-Newsletter des German Economic Team**

Das German Economic Team, das unter anderem die Ukraine seit vielen Jahren wirtschaftlich berät, hat einen Beitrag zur Lage des ukrainischen Unternehmenssektors veröffentlicht:

[Der ukrainische Unternehmenssektor: Krieg als Marathon – German Economic Team \(german-economic-team.com\)](http://german-economic-team.com)

-----

### **Kooperationen mit der ukrainischen Wirtschaft**

Unter dem folgenden Link finden Sie Kontakte zu über 100 ukrainischen Unternehmen, die trotz der Kriegslage für Kooperationen mit europäischen Unternehmen bereitstehen:

[Business for Ukrainian Services Companies | Directory of UA Companies \(bizforukraine.com\)](http://bizforukraine.com)

-----

Der ukrainische Energiekonzern **DTEK bietet einen Newsletter** an, der auch unter Kriegsbedingungen fortlaufend über die Lage auf dem ukrainischen Energiemarkt berichtet. Einen Link zur aktuellen Ausgabe finden Sie untenstehend. Bei Interesse an dem englischsprachigen Dienst wenden Sie sich gerne an:

**Iryna Zdorevska**, International Public Affairs, Tel: +38 044 581 93 63, Mobil: +38 050 388 77 05, E-Mail: [ZdorevskaIV@dtek.com](mailto:ZdorevskaIV@dtek.com), Web: [www.dtek.com](http://www.dtek.com)

-----

## 9. Hilfsaktionen

### Hilfsaktion des Ost-Ausschusses für Projekt in Czernowitz – Jetzt beteiligen!

Der Ost-Ausschuss ruft zu Spenden für das Projekt «**City of Goodness**» auf. Das **Wohltätigkeitsprojekt in Tscherniwzi** (Czernowitz) in der Westukraine bietet hilfsbedürftigen Familien mit Kindern soziale Hilfe und Unterkunft. Der Ost-Ausschuss hat bereits positive Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit dem Projekt gesammelt. Weitere Informationen zu dem Projekt finden Sie hier: [Місто Добра \(misto-dobra.com.ua\)](http://misto-dobra.com.ua).

Das Geld kommt zu 100 Prozent dem Hilfsprojekt zugute und dient dazu, eine zusätzliche Unterkunft für 100 ukrainische Flüchtlinge einzurichten.

Wir bitten Sie, die Spende auf folgendes Konto beim Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft zu überweisen:

**Kontoinhaber: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.**

**Bank: Commerzbank AG**

**Kontonummer: 22 11 977**

**BLZ: 100 400 00**

**SWIFT-Code: COBADEFF**

**IBAN: DE94100400000221197700**

Hinweis: Die Spenden gehen zu 100 Prozent an das Projekt „City of Goodness“ im westukrainischen Tscherniwzi. Die Abwicklung erfolgt über den Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft. Die Spenden werden dort gesammelt und dann an das begünstigte Projekt weitergeleitet. Bitte beachten Sie, dass der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft keine gemeinnützige Organisation ist und daher für die Spende keine Spendenquittung ausstellen kann. Für Rückfragen zur Abwicklung zum Projekt können Sie sich im Ost-Ausschuss gern an Herrn Stefan Kägebein, Regionaldirektor Osteuropa, unter [s.kaegebein@oa-ev.de](mailto:s.kaegebein@oa-ev.de) wenden.

-----

### Gesucht: Tankwagen für Kraftstofftransport in die Ukraine

Den Ost-Ausschuss hat eine Anfrage der ukrainischen Unternehmensgruppe Vitrago Holding (Vitagro.com.ua) erreicht. Gesucht wird nach Lösungen für den Transport von Kraftstoffen aus Europa. Eine der Hauptlösungen ist der Kauf von NEUEN oder GEBRAUCHTEN Kraftstofftanks für den Straßentransport.

Vitrago ist bereit, den Kauf von bis zu 5 Einheiten in Betracht zu ziehen.

Die Hauptanforderungen sind wie folgt:

- Vollständige ADR- und andere Zertifizierungen;
- Befüllung von unten mit API-Anschlüssen;

- Volumen ab 28 m3 pro Tank.

Falls Sie hier Kontakte vermitteln können, wenden Sie sich bitte im Ost-Ausschuss an Stefan Kägebein, S.Kaegebein@oa-ev.de

---

### **Umtausch von Hrywnja-Banknoten gestartet**

Umtauschprogramm zwischen Euro und Hrywnja-Banknoten ist gestartet  
Ein gemeinsames Programm der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Bundesbank und der Deutschen Kreditwirtschaft ermöglicht seit dem 24. Mai den Ankauf von Hrywnja-Banknoten. Flüchtlinge aus der Ukraine können nunmehr höchstens 10.000 Hrywnja zu einem, von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Umrechnungskurs, tauschen. Mehr (auch auf Ukrainisch und Englisch)

[Umtauschprogramm Hrywnja-Banknoten - Bankenverband](#)

---

### **Spenden für ukrainische Feuerwehrleute in Charkiv – Aufruf der AHK Kyiv**

Als Reaktion auf eine Anfrage der Hauptabteilung des Staatlichen Katastrophenschutzes der Ukraine in der Region Charkiv sammelt die gemeinnützige Organisation „Common Cause Charkiv“, zusammen mit der Freiwilligenbewegung der Ukraine und der AHK Ukraine, Geldspenden für den Kauf eines Abschleppfahrzeugs für die Charkiver Garnison des Staatlichen Katastrophenschutzes der Ukraine, um die Evakuierung beschädigter Feuer- und Rettungsausrüstung sowie das Abschleppen schwerer ziviler Fahrzeuge während des Krieges zu sichern.

Weitere Informationen:

German-Ukrainian Chamber of Industry and Commerce  
vul. Pushkinska 34, 01024 Kyiv, Ukraine  
Phone: +38 (044) 377 52 00, +380 44 377 52 44  
Email: info@ukraine.ahk.de  
<http://ukraine.ahk.de>

---

### **EU-Kommission richtet Telefon-Hotline für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine ein**

Die Europäische Kommission hat eine spezielle Telefon-Beratung in ukrainischer und russischer Sprache eingerichtet, um denjenigen zu helfen, die vor der russischen Invasion in der Ukraine fliehen. Seit Ende März beantwortet die Kommission über das Europe Direct-Kontaktzentrum schriftliche Fragen in ukrainischer und russischer Sprache – nun ist dieser Dienst auch telefonisch erreichbar.



Die Helpline soll Menschen, die aus der Ukraine fliehen, helfen, indem sie ihre Fragen beantwortet und praktische Informationen bereitstellt, von den Bedingungen für die Einreise in die EU und das Reisen innerhalb der EU bis hin zum Zugang zu Rechten und Möglichkeiten wie Bildung, Arbeit oder Gesundheitsversorgung.

Die Helpline ist innerhalb der EU in ukrainischer und russischer Sprache unter der gebührenfreien Rufnummer 00 800 6 7 8 9 10 11 und außerhalb der EU unter der Nummer +32 22 99 96 96 zum internationalen Standardtarif zu erreichen. Die Helpline bietet auch einen kostenlosen Rückrufservice.

Weitere Informationen:

[Daily News 16 / 05 / 2022 \(europa.eu\)](#)

-----

### **Schulmaterial für ukrainische Flüchtlinge in Polen - Hilfsaufruf**

Wir möchten Sie auf ein Non Profit Projekt von Klett Polska aufmerksam machen, dass Integrationsschulhefte und Poster für geflüchtete Grundschüler aus der Ukraine produzieren und spenden möchte. Wir würden uns freuen, wenn sich Unternehmen oder NGOs an den Produktionskosten beteiligen würden. Anbei finden Sie die Informationsmaterialien auf Polnisch sowie Informationen zu den Produktionskosten.

Bei Rückfragen wenden Sie sich gern direkt an: Michał Kulesza, Managing Director Klett Polska ([m.kulesza@klett.pl](mailto:m.kulesza@klett.pl)). Wir stehen Ihnen für Rückfragen selbstverständlich ebenfalls zur Verfügung: [a.stadnicki@oa-ev.de](mailto:a.stadnicki@oa-ev.de).

-----

### **Unterstützung für die Ukraine – Übersicht über das Engagement des Ost-Ausschusses: #WirtschaftHilft**

Der Ost-Ausschuss unterstützt dazu die Initiative #WirtschaftHilft, die von den Spitzenverbänden BDA, BDI, DIHK und ZDH ins Leben gerufen wurde. Dabei dient die Internetseite [www.WirtschaftHilft.info](http://www.WirtschaftHilft.info) als Informationsplattform für Unternehmen und Verbände sowie Hilfesuchende. Die Webseite bietet umfangreiche Informationen zu bedarfsgerechtem Spenden, Unterstützung für deutsche Unternehmen sowie die vorübergehende Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten. Im Rahmen der Initiative #WirtschaftHilft veröffentlicht die GHA – German Health Alliance Hilfsgesuche und -angebote für die Ukraine im medizinischen Bereich: [Humanitäre Hilfe für die Ukraine - GHA - German Health Alliance](#).

### **Weitere Hilfsangebote des Ost-Ausschusses**

Gemeinsam mit seinen Mitgliedsunternehmen hat der Ost-Ausschuss darüber hinaus weitere Hilfsangebote ins Leben gerufen. Dazu wurde eine Task Force eingerichtet, um

Fragen, Anliegen und Probleme rund um die Krisenlage in der Ukraine schnell zu bearbeiten. „Die Task Force koordiniert zudem die Hilfsangebote von Seiten der Wirtschaft für die Menschen in der Ukraine“, sagt Hermes. „Sie vermittelt unter anderem die Lieferung von Hilfsgütern, aber auch von technischer Ausrüstung in die Ukraine.“

### **Jobs für Flüchtlinge aus der Ukraine**

Darüber hinaus hat der Ost-Ausschuss eine Koordinationsstelle eingerichtet, die ukrainischen Flüchtlingen Jobs bei deutschen Unternehmen in ganz Europa vermittelt. Erste Jobangebote finden Sie auf der Webseite [www.jobs.gu-dp.com](http://www.jobs.gu-dp.com). Sollten Sie sich mit Ihrem Unternehmen hieran beteiligen wollen, wenden Sie sich bitte an Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mitteleuropa im Ost-Ausschuss, Tel: 030-206167 138, [a.stadnicki@oa-ev.de](mailto:a.stadnicki@oa-ev.de)

### **Unterbringung von Flüchtlingen**

Der Ost-Ausschuss unterstützt darüber hinaus die Arbeit von Rotary Deutschland und stellt aktuell Räumlichkeiten für den Krisenstab des Rotary Club Berlin Platz der Republik zur Verfügung. Der Club unterstützt mit dem Projekt „[Spaces for Ukrainian Refugees](#)“ die Organisation von Unterkünften direkt nach der Ankunft in Berlin, Deutschland und der EU.“

[Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#)

Für Flüchtlinge: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

Für Gastgeber: <https://forms.gle/S6PwsNRGQg8KMTqH6>

Kontakt: [info@rotary-platz-der-republik.berlin](mailto:info@rotary-platz-der-republik.berlin)

-----

### **Spenden für Hilfstransporte**

Zusammen mit dem Deutsch-Ukrainischen Forum und der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer unterstützt der Ost-Ausschuss die Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen. Die Johanniter bringen unter anderem Tausende von Hilfspaketen mit Lebensmitteln, Hygieneartikeln sowie medizinischem Material an die polnisch-ukrainische Grenze und in die Ukraine und versorgen ukrainische Krankenhäuser mit Medikamenten und medizinischem Verbrauchsmaterial, um auch die Versorgung für die Erkrankten und Verletzten sicherzustellen.

Spendenkonto: Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., BIC: BFSWDE33XXX,  
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00, Bank für Sozialwirtschaft, Stichwort: SupportUkraine,

Bei Fragen oder zur Weiterverbreitung relevanter Informationen zu Hilfsangeboten und Projekten Ihrerseits wenden Sie sich bitte an Stefan Kägebein (Tel: 030-206167 113, [s.kaegebein@oa-ev.de](mailto:s.kaegebein@oa-ev.de)) und Petya Hristova (Tel: 030-206167 155, [p.hristova@oa-ev.de](mailto:p.hristova@oa-ev.de)).

-----

## Europe-Direct-Kontaktzentrum nun auch in ukrainischer und russischer Sprache

Wie erfahre ich mehr über die EU-Hilfe für die Ukraine und über den vorübergehenden Schutz von Menschen, die vor der russischen Invasion der Ukraine fliehen? Welche Rechte ergeben sich daraus? Wo erhalte ich Hilfe? Welche restriktiven Maßnahmen wurden gegen Russland eingeleitet? Bei allen Fragen zur Solidarität der EU mit der Ukraine können sich Bürgerinnen und Bürger an das Europe-Direct-Kontaktzentrum (EDCC) der Kommission wenden, das ihnen als direkter Draht zur EU seit Donnerstag auch auf Ukrainisch und Russisch Antworten auf ihre Anliegen gibt. Ab Mitte April werden auch Telefonanrufe auf Ukrainisch und Russisch beantwortet.

Seit der russischen Invasion der Ukraine am 24. Februar hat das Europe-Direct-Kontaktzentrum als wichtiger Kommunikationskanal mit den Bürgerinnen und Bürgern mehr als 4.000 Fragen zum Krieg und zur Solidarität der EU mit der Ukraine beantwortet. Im letzten Jahr wurde zu 205.000 Fragen zu diversen EU-Themen Aufschluss gegeben. Unter anderem äußerten viele Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung zu den Maßnahmen der EU und wollten wissen, wie sie Betroffenen aus der Ukraine helfen können.

Informationen zum EDCC:

[Beantwortet Ihre Fragen \(europa.eu\)](https://europa.eu)

-----

## Ukrainischer Hilfsstab - Norddeutschland

Die ukrainische Gemeinde in Norddeutschland hat einen Hilfsstab aufgebaut und informiert zusammen mit dem ukrainischen Generalkonsulat Hamburg mit Pressemitteilungen über aktuelle Entwicklungen.

Kontakt:

[Hilfe für Ukraine - Ukrainischer Hilfsstab \(hilfe-ua.de\)](https://hilfe-ua.de)

[Call-Center - Ukrainischer Hilfsstab \(hilfe-ua.de\)](https://hilfe-ua.de)

-----

## EU-Leitlinien für Flüchtlinge

Die EU-Kommission hat **Leitlinien für den Umgang** mit ukrainischen Flüchtlingen in den EU-Mitgliedsstaaten veröffentlicht. Diese sollen eine einheitliche Betreuung ermöglichen:

[Kommission veröffentlicht Leitlinien für Mitgliedstaaten zum vorübergehenden Schutz der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine \(europa.eu\)](https://europa.eu)

-----

## Bundesfinanzministerium: Umgang mit Ukraine-Spenden

Das BMF hat eine Verwaltungsvorschrift für die steuerliche Handhabung von Spenden an die Ukraine veröffentlicht. Damit Unternehmen Spenden als Betriebskosten ansetzen zu können, ist laut BMF eine unmissverständliche Ausweisung als „Sponsoring“ notwendig:

[https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/BMF\\_Schreiben/Weitere\\_Steuert\\_hemen/Abgabenordnung/2022-03-17-Stl-Massnahmen-Unterstuetzung-Ukraine-Geschaedigte.html](https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/BMF_Schreiben/Weitere_Steuert_hemen/Abgabenordnung/2022-03-17-Stl-Massnahmen-Unterstuetzung-Ukraine-Geschaedigte.html)

---

## Hilfsangebote für Flüchtlinge aus der Ukraine



### Unterkunftsangebote

#### I CAN HELP HOST

Wunderflats: [Furnished Apartments, Homes, Temporary housing - Rent on Wunderflats](#)

Rotary-Clubs europaweit: [Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#);

For Refugees: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

For Hosts: <https://forms.gle/S6PwsNRGQq8KMTqH6>

### Verkehr

- Kostenlose Bahnfahrt für Geflüchtete: <https://www.bahn.de/info/helpukraine>
- Mitfahrgelegenheit: <https://www.ukrainenow.org/refuge>

### Informationen/Hilfsangebote

- Hilfsseite der Stadt Berlin: [www.berlin.de/ukraine](http://www.berlin.de/ukraine)
- Hilfsmöglichkeiten für Freiwillige: <https://volunteer-planner.org>
- Organisation u.a. von Fahrten von Polen nach Deutschland, privaten Unterkünften in Berlin und weiteres: <https://linktr.ee/ukrainehelpberlin>
- Russische und ukrainische Telefonseelsorge: <https://www.diakonie-portal.de/themen/ehrenamt-freiwilligendienste/ehrenamt-und-engagement/telefon-doweria-telefon-doverija/>
- Hilfe für russischsprachige LGBTQ+-Menschen: <http://www.quarteera.de/>
- Freiwillige können sich eintragen für Übersetzungsangebote: <https://survey.lamapoll.de/Translators>
- Kostenlose Rechtsberatung: <https://www.rlc-berlin.org/>
  
- Informationen für Flüchtlinge aus der Ukraine und ehrenamtlich Helfende: <https://www.berlin.de/laf/ankommen/fluechtlinge-aus-der-ukraine/>
- Allgemeine und rechtliche Fragen: <https://berlin-hilft.com/ukraine/>
- Handout für Ankommende in Berlin: <https://www.dropbox.com/s/qub0hc1i3602ubg/Handout%20Arrival%20Ukr-Berlin%20Eng-RU-UA.pdf?dl=0>

- Direkte Hilfen an den Bahnhöfen – Vernetzung über Telegramgruppen:  
<https://docs.google.com/spreadsheets/d/1r8sn0eh7iPdob4YlXuOsZ9InhQHm9AwcQF7WYQmcpa4/edit#gid=816090739>
- Hilfen des Bundesinnenministeriums für Flüchtlinge (D/Uk/Rus): [germany4ukraine](#)

---

### **Schienenbrücke der Deutschen Bahn in die Ukraine für Hilfstransporte**

Seit einigen Tagen bietet die Deutsche Bahn in Zusammenarbeit mit der Ukrainischen Eisenbahn eine Schienenbrücke für größere Hilfslieferungen in die Ukraine an. Unternehmen, die sich hier mit größeren Mengen beteiligen wollen, wenden sich bitte an:

Tel. 030-720 220 640, Mail: [schienenbruecke-ukraine@deutschebahn.com](mailto:schienenbruecke-ukraine@deutschebahn.com)

[https://www.deutschebahn.com/de/presse/pressestart\\_zentrales\\_uebersicht/DB-startet-Schienenbruecke-mit-Hilfsguetern-in-die-Ukraine-7342490](https://www.deutschebahn.com/de/presse/pressestart_zentrales_uebersicht/DB-startet-Schienenbruecke-mit-Hilfsguetern-in-die-Ukraine-7342490)

---

### **Materialwirtschaft/Logistik**

Der Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik BME hat einen Info-Point rund um den Konflikt in der Ukraine aufgebaut. Mehr Informationen dazu finden Sie hier:

[Info Point: Ukraine-Konflikt - BME e.V.](#)

---

### **Lebensmittel**

**BMEL:** Es gibt inzwischen eine Koordinationstelle für Lebensmittelhilfen in die Ukraine Kontakt: E-Mail: [info@lebensmittelhilfe-ukraine.de](mailto:info@lebensmittelhilfe-ukraine.de).

---

### **Medizinische Güter**

**Verbände der Arzneimittel- und Medizinproduktehersteller und des pharmazeutischen Großhandels bieten Unterstützung bei der Erbringung von Hilfsleistungen an.** Die besondere Herausforderung besteht dabei darin, gespendete Arzneimittel und Medizinprodukte unter den dynamischen Bedingungen eines laufenden Krieges zu den Betroffenen in die Ukraine zu bringen. Um dies zu gewährleisten, arbeiten die Verbände mit dem [Deutschen Medikamenten-Hilfswerk action medeor e.V. \(action medeor\)](#) zusammen. Action medeor ist auf die Lieferung medizinischer Güter in Katastrophengebiete spezialisiert und verfügt über zuverlässige Partner in der Ukraine. Die Hilfsorganisation übernimmt selbst den Transport in die Ukraine, ihre Partner die Verteilung innerhalb des Landes, medeor konzentriert sich

derzeit auf die Deckung eines großvolumigen Bedarfs in der Ukraine und bittet um Spenden in größerem Umfang.

[Sachspenden](#), idealerweise palettenweise, sollten medeor mitgeteilt werden. Ansprechpartnerin ist Frau Noelia Martinez (Telefon: 02156 9788-144, E-Mail: [ukraine@medeor.de](mailto:ukraine@medeor.de)). Im Gespräch mit den Hilfsorganisationen können die Details der Lieferung oder Abholung der Spenden geklärt werden.

Medeor übernimmt die notwendigen Formalitäten (u.a. Zollformulare), bittet jedoch darum, dass gespendete verschreibungspflichtige Arzneimittel im Fälschungsschutzsystem ausgebucht werden.

Bei großen Spenden medizinischer Güter (30 Paletten = 1 LKW-Ladung) kann die Spende direkt am Lager des Unternehmens vom ukrainischen Partner von action medeor abgeholt und in die Ukraine transportiert werden.

Mit der Spende von medizinischen Gütern und deren Verbringung außerhalb der Europäischen Union verbinden sich einige rechtliche Fragestellungen.

In Bezug auf Betäubungsmittel hat das Bundesministerium für Gesundheit am 6. März 2022 mit einer Allgemeinverfügung den Export in die Ukraine gestattet. In der Verfügung des BMG wird ferner klargestellt, dass Arzneimittel, die keine Betäubungsmittel sind, keiner Ausfuhrgenehmigung bedürfen; dies gilt auch für Medizinprodukte.

Mit Blick auf weitere Rechtsfragen regen die Verbände an, vor den jeweiligen Spenden Rücksprache mit den zuständigen Überwachungsbehörden zu nehmen.

Für Rückfragen stehen Ihnen die Ansprechpartner der Verbände gerne zur Verfügung.

Selbstverständlich sind bei [action medeor](#), ebenso wie bei anderen Hilfsorganisationen, wie z.B. dem [Deutschen Roten Kreuz](#), auch Geldspenden willkommen.

-----

## **Energiewirtschaft**

Die energiewirtschaftlichen Verbände BDEW und VKU stehen mit BMWK und GIZ im Austausch zur Koordination von Unterstützung aufgrund von Hilfsersuchen ukrainischer Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft. Die beiden Verbände haben hierzu eine Koordinierungsstelle gebildet. Ansprechbar sind Annika Herzhoff, Fachgebietsleiterin ([herzhoff@vku.de](mailto:herzhoff@vku.de), 030 58580 389), Nadine Gerks, Bereichsleiterin ([gerks@vku.de](mailto:gerks@vku.de), 030 58580 170) und Dr. Jörg Rehberg, Fachgebietsleiter ([joerg.rehberg@bdew.de](mailto:joerg.rehberg@bdew.de), 030 300 199-1211). BG, Alexander Götz (VKU)

-----

## **Kontakt für humanitäre Hilfe in der ukrainischen Regierung**

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskiy hat per Erlass eine Koordinationszentrale für humanitäre und soziale Angelegenheiten eingerichtet.

Die Zentrale auf drei Bereiche:

- humanitäre Hilfe von ausländischen Regierungen und internationalen Organisationen;

- Unterstützung der Militärverwaltungen und Gemeinden durch große ukrainische Unternehmen, ausländische Firmen und Ausländer;
- Unterstützung durch die Behörden auf Ersuchen der Militärverwaltungen und Gemeinden.

Internationale Organisationen, ausländische Unternehmen und Ausländer, bitte senden Sie Ihre Vorschläge zur Unterstützung hierhin:

iwanttohelpukrainians@gmail.com

-----

Auf folgenden gemeinsamen Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses möchten wir hinweisen:

## **Deutsche Wirtschaft hilft der Ukraine in diesen schweren Stunden!**

Sehr geehrte Damen und Herren – Vertreter aus Wirtschaft, Kultur, Zivilgesellschaft in Deutschland und der gesamten Welt!

In diesen dunklen Tagen ist es an der Zeit, dass die freie Welt die Menschen in der Ukraine unterstützt.

Das Deutsch-Ukrainische Forum, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer rufen Sie auf, sich an der Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen.

Jetzt im Krieg ist die Not besonders groß. Viele Ukrainer sind auf der Flucht oder zuhause von Versorgung abgeschnitten.

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:  
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,  
BIC: BFSWDE33XXX  
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00  
Bank für Sozialwirtschaft  
Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)



**Rotary hilft.**



Wer Flüchtlingen aus der Ukraine eine Unterkunft geben kann schreibt an **info@rotary-platz-der-republik.berlin** eine Nachricht mit folgenden Angaben:

1. Country -
2. Name -
3. City/town -
4. Phone number (für WhatsApp?) -
5. Amount of people I can host -
6. For how long I can host -
7. What I can offer in addition -

Wahlweise PN auf Facebook/Insta/LinkedIn oder per WhatsApp an: +4917663332850.

@ROTARY.PLATZDERREPUBLIK

Weitere Links von Initiativen:

**Spenden an Aktion Deutschland Hilft**

[❤️ Online Spenden - Spenden Sie hier . Aktion Deutschland Hilft \(aktion-deutschland-hilft.de\)](#)

-----

**MitOst-Spendenaktion für die Zivilgesellschaft**

[#StandWithUkraine – MitOst](#)

-----

**Übersicht zu Hilfsangeboten/Möglichkeiten**

Eine umfangreiche Vernetzungsseite der Ukraine-Hilfe mit zahlreichen Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie hier:

[@ukrainehelpberlin | Linktree](#)



## Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Websites Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen.

Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

## Kontakt:

### **Andreas Metz**

Leiter Public Affairs | Director of Public Affairs

**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.**

**German Eastern Business Association**

Postanschrift (Postal Address) | Breite Str. 29, 10178 Berlin

Besucheradresse (Visiting Address) | Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

T. +49 30 206167-120 | [A.Metz@oa-ev.de](mailto:A.Metz@oa-ev.de)

[Website](#) | [Newsletter](#) | [Disclaimer](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)

